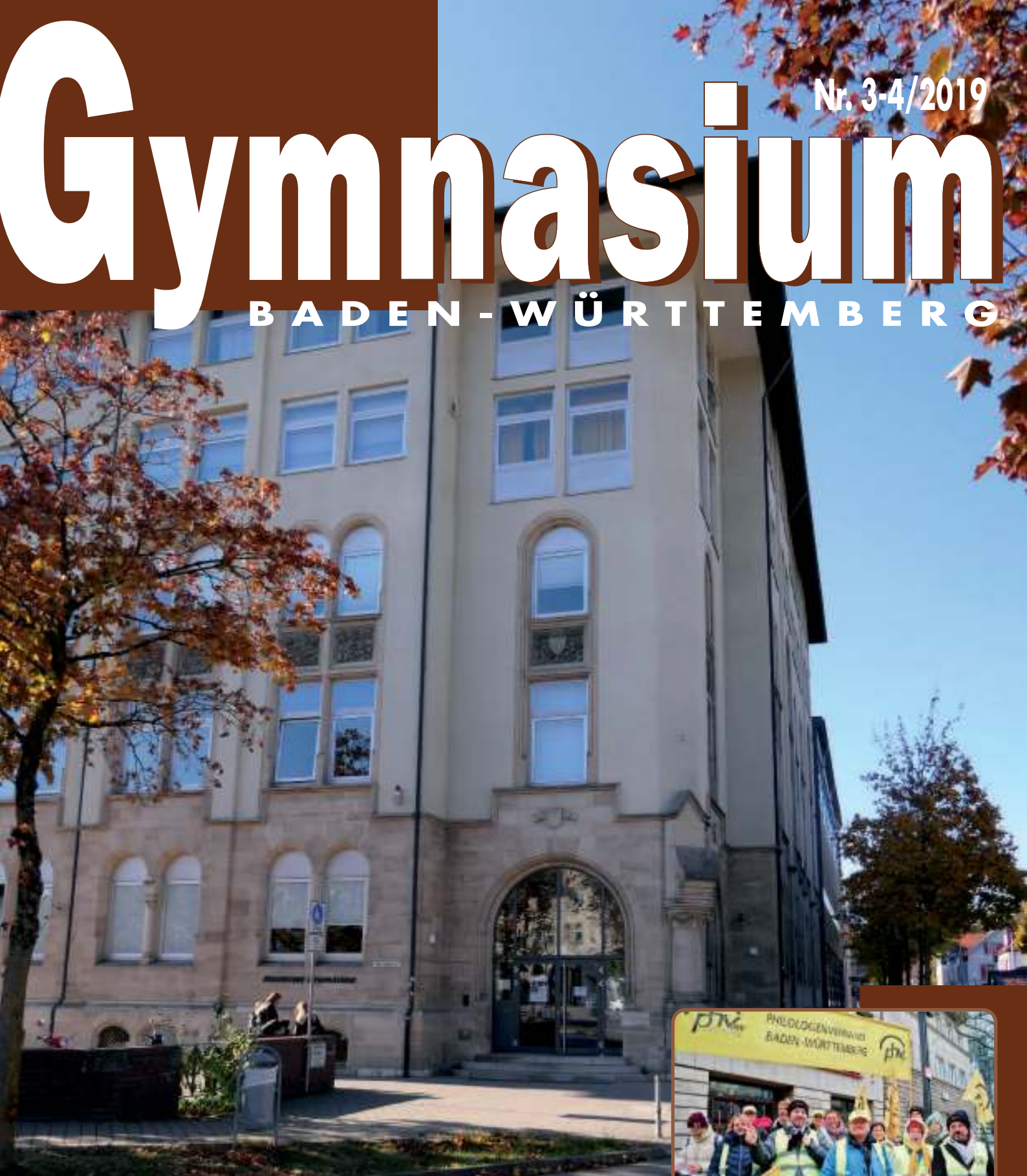


Nr. 3-4/2019

Gymnasium

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Der Philologenverband fordert

- bessere Arbeitsbedingungen für alle gymnasialen Lehrkräfte
- Einstellungsperspektiven für Referendarinnen und Referendare
- guten und anspruchsvollen Unterricht für unsere Schülerschaft
- einen intensiven Dialog über gymnasiale Bildung
- angemessene Bezahlung für Angestellte und Beamte



Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

| | |
|--|----|
| Editorial [R. Scholl] | 2 |
| Zur Person: Joachim Schröder [E. Groß] | 4 |
| Zur Person: Cord Santelmann [E. Groß] | 5 |
| Zur Person: Martina Scherer [E. Groß] | 7 |
| Zum Unterrichtsfach WBS [Dr. M. Lindeboom] | 8 |
| Leserbrief zum Vertretungsunterricht [A. Kiehn] | 9 |
| DBB-Kundgebung am 12. Februar 2019 [U. Kampf] | 10 |
| Bericht zum Warnstreik aus PhV-Sicht [S. Kottmann] | 11 |
| Tarifeinigung [U. Kampf] | 11 |
| Quo vadis Europa? [B. Saur] | 12 |
| Thema aktuell – heute Die Grünen [S. Boser] | 13 |
| Aktuelles aus dem HPR [J. Sobora] | 14 |
| Klausurtagung JuPhi [M. Scherer] | 16 |
| Bewerbertraining für Referendare Südbaden [B. Hölcher] | 17 |
| Bewerbertraining für Referendare Südwürttemberg [P. Maucher] | 18 |
| Treffen mit Dr. Lurz [S. Kottmann] | 18 |
| Abituraufgaben auf USB-Stick [A. Kiehn] | 19 |
| Einigkeit in der Uneinigkeit [T. Wiedemann] | 20 |
| Fehlorientierter Mathematikunterricht [A. Epp] | 22 |
| Fridays for Future [S. Grobe] | 23 |
| Das neue Qualitätskonzept [E. Jauch] | 24 |
| Kommentar zum neuen Qualitätskonzept [E. Kapahnke] | 24 |
| Was tut der PhV für die Schulleitungen? [C. Santelmann] | 25 |
| Bildungsgerechtigkeit – Teil 2 [Prof. Dr. R. Dollase] | 26 |
| Es bleibt spannend [E. Groß] | 28 |
| MINT [N. Dees] | 30 |

Titelfoto: Hellenstein-Gymnasium Heidenheim (Foto: Sabine Grobe)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter:
Enver Groß [E.G.] | gross.enver@phv-bw.de
Veilchenweg 15 | 88276 Berg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |
Bettina Hölcher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] |
Anne Käbbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] |
Christine Waibel [C.W.] | Richard Zöllner [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

Mai-Juni-Ausgabe: 6. Mai 2019,
Juli-August-Ausgabe: 24. Juni 2019.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

wie gewohnt, erhalten Sie an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die wichtigsten Themen der letzten zwei Monate und über die Erfolge, an denen der Philologenverband Baden-Württemberg beteiligt war.

TV-L-Tarifabschluss und Beamtgehälter

Am 2. März haben sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf der einen Seite und Beamtenbund-Tarifunion bzw. ver.di auf der anderen Seite auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Bei einer Tarifvertragsdauer von 33 Monaten (bis zum 30. September 2021) werden die Gehälter in drei Stufen angehoben: Rückwirkend zum 1. Januar 2019 um 3,2 Prozent, ab dem 1. Januar 2020 noch einmal um 3,2 Prozent und zum 1. Januar 2021 um weitere 1,4 Prozent.

Mindestens ebenso wichtig dürfte aber sein, dass der Garantiebetrug bei einer Höhergruppierung auf 100,00 Euro anwächst. Somit erhalten Arbeitnehmer bei Höhergruppierung von E13 nach E14 mindestens 180,00 Euro mehr, nicht wie bisher nur minimal 64,13 Euro.

Unser Ziel einer stufengleichen Höhergruppierung, die bei Beamten selbstverständlich ist, bleibt für künftige Tarifverhandlungen weiterhin bestehen.

Am 5. Mai hat Finanzministerin Sitzmann angekündigt, dass der Tarifabschluss zeitgleich auf alle Beamten und Pensionäre übertragen werden soll. – Gut so!

Mein Dank gilt all den PhV-Mitgliedern, die sich am Streik bzw. an der Demonstration am 12. Februar in Stuttgart beteiligt haben. Das Ergebnis zeigt: Es hat sich gelohnt!

Rückzahlung der 8 Prozent- bzw. 4 Prozent-Besoldungsabsenkung

Die Rückzahlung der 8 Prozent-Eingangsbesoldungsabsenkung ist mitt-



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

lerweile für das 2. Quartal 2019 angekündigt. Laut Auskunft aus dem Finanzministerium soll es zusätzlich eine Rückzahlung auch für diejenigen geben, die gegen die vorherige 4 Prozent-Absenkung Widerspruch eingelegt hatten.

Verzicht auf Reisekosten

Der (Teil-)Verzicht auf Reisekosten wurde nun endlich aus den entsprechenden Formularen entfernt. Ein Vierteljahr nach dem Reisekosten-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat das LBV jetzt die Anträge auf Reisekostenerstattung überarbeitet. Außerdem können jetzt bis zu vier Begleitpersonen im Formular eingetragen werden.

Ausdruck der Abituraufgaben an den Schulen

Die diesjährigen Abituraufgaben werden in den vier Fächern mit 'deutschlandweiten' Abituraufgaben-Anteilen (D, M, E, F) per USB-Stick verschlüsselt an die Schulen übermittelt. Dies wäre keiner weiteren Erwähnung wert, hätte das Kultusministerium nicht zugleich angekündigt, dass die Schulen die Aufgaben erst um 6:00 Uhr früh am Prüfungstag entschlüsseln können. Damit verbleiben bis zum Beginn der Abiturprüfungen weniger als drei Stunden Zeit zum Kopieren der Aufgabensätze. Dies erzeugt einen vermeidbaren und völlig unnötigen Zeitdruck an den Schulen.

Was steckt dahinter? Nachdem sowohl im vorletzten wie auch im letzten Jahr deutschlandweit Abituraufgaben aufgrund von Einbrüchen ausgetauscht werden mussten, hat die Kultusministerkonferenz vereinbart, die Lagerungszeit der Abituraufgaben

an den Schulen zu minimieren. Das ist sinnvoll.

Alle anderen Bundesländer, in denen die Abituraufgaben elektronisch übermittelt werden, geben den Schulen jedoch bereits am Nachmittag vor dem eigentlichen Prüfungstag die Gelegenheit zur Entschlüsselung und zum Kopieren der Aufgaben.

Warum Baden-Württembergs Kultusministerium sich hier auf Kosten der Gymnasien als besonderer 'Musterknabe' darstellen muss, ist nicht nachvollziehbar.

Die Ausfallhäufigkeit von Kopierern liegt erfahrungsgemäß bei mehr als einem Prozent. Bei wie vielen der insgesamt 450 öffentlichen und privaten Gymnasien es demzufolge absehbar zu Problemen kommen wird, kann sich nun jeder selbst ausrechnen.

Neugründung von IBBW und ZSL

Zum 1. März wurden im Zuge des 'Qualitätskonzepts' des Kultusministeriums die beiden Einrichtungen Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) und Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) gegründet. Ihre beiden Leiter wurden schon Ende Dezember benannt. Das IBBW wird von Dr. Günter Klein, dem bisherigen Leiter des Landesinstituts für Schulentwicklung, geleitet. Das ZSL wird von Dr. Thomas Riecke-Baulecke geführt. Er war von 2003 bis 2018 Leiter des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein, welches eines der Vorbilder für das neue Qualitätskonzept darstellt.

Der Philologenverband Baden-Württemberg hat in einer Pressemitteilung am 1. März kritisch zum geplanten Qualitätskonzept Stellung genommen. Insbesondere die personelle Schwächung der Seminare halten wir für einen Qualitätsverlust und damit für absolut nicht zielführend: So werden Seminar-Leitungsstellen seit 2018 nicht wiederbesetzt und ein Teil der Fachleiter-Stellen (und damit die fachliche Kompetenz) sollen an die Regionalstellen des ZSL abgezogen werden. Aber Seminare ohne Fachlichkeit sind schlicht absurd!

Vorbereitung der Personalratswahlen

Die Kandidatenlisten des Philologenverbandes Baden-Württemberg für die Haupt- und Bezirkspersonalratswahlen vom 14. bis 16. Mai wurden von uns in den letzten Februartagen fristgerecht eingereicht.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den insgesamt über 750 Kandidatinnen und Kandidaten bedanken, die uns durch ihre Kandidatur für den Hauptpersonalrat und/oder die Bezirkspersonalräte unterstützen. Aufgrund Ihrer Bereitschaft können wir den kommenden Wahlen mit Zuversicht entgegensehen. – Danke!

Neue Mitglieder-Datenverwaltung des PhV BW

Im März wurde die mittlerweile 25 Jahre alte Mitgliederverwaltung des PhV BW, bei der jeder Vorgang noch einzeln von Hand eingegeben werden musste, durch eine hochmoderne neue Datenbank ersetzt. In deren Auswahl haben wir viel Zeit investiert. Diese neue Software eröffnet jetzt auch unseren Mitgliedern ganz neue Möglichkeiten.

So ist es jetzt endlich möglich, die eigenen Stammdaten wie zum Beispiel Adresse, E-Mail-Adresse und Telefon direkt online zu ändern.

Außerdem gibt es ausschließlich für unsere Mitglieder eine Online-Suche nach anderen PhV-Mitgliedern. Es gibt aber selbstverständlich auch eine Opt-Out-Option, um sich bei solchen Suchen prinzipiell nicht finden zu lassen. Der Datenschutz wird von uns streng beachtet.

Zu den zusätzlichen Funktionen der neuen Mitgliederverwaltung gehört auch eine einfache Online-Anmeldung zu PhV-Veranstaltungen und PhV-Fortbildungen, auch für Nichtmitglieder.

Schauen Sie einmal unter <https://phv-bw.laterne.de>! Wir informieren Sie zeitnah über Ihr Erst-Passwort.

Neuer Download-Bereich für Mitglieder

Mit der Einführung der neuen Mitgliederverwaltung gibt es für jedes Mitglied auch einen eigenen Download-Bereich. In diesem sind zum Beispiel die einschlägigen Musterwiderspruchs-Vordrucke abrufbar sowie demnächst auch die Abituraufgabensammlung des Philologenverbandes Baden-Württemberg, die bis 2018 auf CD herausgegeben wurde.

Nichtmitglieder können zwar die Beschreibungen der vorhandenen Downloads einsehen, zugänglich sind die Downloads jedoch nur für Mitglieder nach Anmeldung mit Benutzername und Passwort. Das Einloggen funktioniert übrigens mit jedem internetfähigen Gerät, ob Smartphone, Tablet oder ausgewachsenem Computer.

In diesem Bereich wird es im laufenden Jahr sicherlich noch weitere Neuerungen mit Zusatznutzen geben.

Es geht also in kleinen Schritten voran. – Und wir bleiben weiter dran!

Ihr 

Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Joachim Schröder (Vorsitzender des Bezirksverbands Südbaden)

»Das Abitur muss seine Qualität behalten. Die Gesellschaft muss dringend darüber nachdenken, was sie will.«

Joachim Schröder ist Vorsitzender des Bezirksverbands Südbaden sowie Vorsitzender des Bezirkspersonalrats Gymnasien beim Regierungspräsidium Freiburg.

Joachim Schröder sind in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender des Bezirksverbands Südbaden die drei Begriffe Wertschätzung, Ehrlichkeit und Freundlichkeit äußerst wichtig. Er sei ein guter Zuhörer, berate gerne und begleite die Menschen in seinem Bezirk auch in schwierigen Lebensphasen. Ihm sei es wichtig, dass der Philologenverband in Südbaden präsent sei und dieser als wichtige Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen werde. Dies gehe nur in einem guten Team. So könne er diese Arbeit ohne seinen Vorstand mit Claudia Hildenbrand als zweiter Vorsitzenden nicht leisten. Daher sei ihm auch die enge Verzahnung mit den Schulvertretern wichtig. Alle Schulvertreter seien elektronisch erreichbar. Somit gelangten herausgegebene Bezirksinformationen schnell und zuverlässig an die Schulen im Bezirksverband Südbaden. Sein Team stehe quasi rund um die Uhr für Beratungen zur Verfügung und sei für alle Kolleginnen und Kollegen da.

»Im Regierungspräsidium Freiburg wird der Philologenverband Südbaden als verlässlicher Partner wahrgenommen«

Das Klima zwischen Bezirkspersonalrat und dem Regierungspräsidium Freiburg hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Der Bezirkspersonalrat werde, seitdem der Philologenverband dort die Mehrheit hat und den Vorsitzenden stelle, nicht als Gegner, sondern als verlässlicher

Partner angesehen. Dabei nähere man sich von unterschiedlichen Seiten dem gleichen Ziel, dem Wohl der Kollegen. Dies erreiche man durch eine Politik der kleinen Schritte, was einen stetigen Prozess darstelle. Diese Prozesshaftigkeit sei deshalb ein wichtiger und dauernder Teil seiner Arbeit und Visionen, so Joachim Schröder. Sein Einsatz werde inzwischen auch in den Kollegien wahrgenommen und geschätzt.

Bildungspolitische Ansichten und Ziele

Joachim Schröder betont, er könne sich in unserer pluralistischen und bunten Gesellschaft nur eine vielfältige Schullandschaft vorstellen. In dieser solle jedes Kind seinen Begabungen gemäß gefördert werden. Eine verpflichtende Einheitsschule lehne er strikt ab. Diese fördere den Zulauf von Kindern an Privatschulen und somit fände eine Trennung nach dem Geldbeutel statt. Jedes Kind müsse aber unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern die bestmögliche Förderung erhalten. Daher wünsche er sich ein Eingreifen in die Übergangsquote an die Gymnasien. Das Niveau an den Gymnasien müsse hoch bleiben, so Joachim Schröder. »Das Abitur muss seine Qualität behalten. Die Gesellschaft muss dringend darüber nachdenken, was sie will.« Man könne ja auch das Abitur gleich mit der Geburtsurkunde ausgeben, aber welchen Wert hätte es dann noch, fragt Joachim Schröder.

Berufspolitische Ansichten und Ziele

Die Gymnasiallehrer arbeiteten mit Abstand am meisten von allen Lehrern. Da durch die Einstellung von (mehr) jungen Lehrern die Arbeitsbelastung verteilt werden könne, solle

Zur Person



Joachim Schröder ...

- ist 54 Jahre alt und Oberstudienrat;
- legte sein Abitur in Aurich/Ostfriesland ab;
- studierte in Göttingen und in Freiburg die Fächer Latein und Mathematik;
- ist seit 25 Jahren am Gymnasium Schönau im Schwarzwald;
- unterrichtet die Fächer Latein und Mathematik;
- ist seit 2004 Vorsitzender des Philologenverbands Südbaden;
- gehört seit 2001 dem Bezirkspersonalrat Gymnasien am Regierungspräsidium Freiburg an;
- übernahm 2009 den Vorsitz des Bezirkspersonalrats Gymnasien und ist bis heute Vorsitzender des BPR Gymnasien am Regierungspräsidium Freiburg.

Der Wertschätzende

Joachim Schröder ist verheiratet und hat drei Kinder. Auch durch diese habe er Wertschätzung und Verständnis gegenüber seinen Mitmenschen als zentrale Eigenschaften schätzen gelernt.

laut Joachim Schröder das Deputat gesenkt werden. Realistisch sei dabei eine Absenkung um eine halbe Deputatsstunde pro Jahr über vier Jahre bis auf 23 Stunden. Weiter solle das allgemeine Entlastungskontingent nicht nur auf den alten Stand gebracht, sondern im Vergleich dazu erhöht werden, betont Joachim Schröder. Die Altersermäßigung müsse gesteigert werden und die Einführung von Altersteilzeit für alle sei ein längst überfälliger Schritt. Dafür sei er auch bereit, bei Gehaltssteigerungen Abstriche in Kauf zu nehmen. Für Joachim Schröder seien weniger Belastung und mehr freie Zeit wichtiger als mehr Geld.

E.G.

Cord Santelmann (Vorsitzender des Bezirksverbands Südwürttemberg)

»Die Tendenz zur Ökonomisierung der Bildung erscheint mir fatal.«

Cord Santelmann ist seit November 2008 Bezirksvorsitzender des Bezirks Südwürttemberg. Ein Amt, welches er von Bernd Saur übernommen hatte.

Cord Santelmann sieht seine Hauptaufgabe als PhV-Bezirksvorsitzender in der Vertretung der Interessen und Positionen des Philologenverbands im Bereich des Regierungsbezirks Tübingen gegenüber den Schulen, den Eltern, dem Regierungspräsidium Tübingen und der Öffentlichkeit. Er möchte die Schulvertreterinnen und Schulvertreter des Philologenverbandes Baden-Württemberg in ihrem Engagement an den Schulen unterstützen. Neben der Gestaltung eines ansprechenden Programms auf den Schulvertreterversammlungen sieht sich Cord Santelmann vor allem als Ansprechpartner für alle Fragen der schulischen Arbeit. Auch sei ihm die Unterstützung der Arbeit der Örtlichen Personalräte durch jährliche Schulungen wichtig. Cord Santelmann schätzt die Zusammenarbeit mit den Eltern sehr. Mit den gymnasialen Elternbeiräten sei er in regelmäßigem Kontakt und vertrete den PhV-Bezirksverband bei den halbjährlichen Tagungen der ARGE gymnasialer Elternbeiräte in Sigmaringen. Auch bildungspolitisch versuche er, regionale Akzente zu setzen. Eine gelungene politische Aktion sei dabei im Jahr 2013 die Demonstration gegen die Kürzung von Anrechnungsstunden und Stunden für die Organisation der schulischen Hausaufgabenbetreuung gewesen. Diese sei gemeinsam mit der Elternschaft auf die Beine gestellt worden. Sie habe sicherlich dazu beigetragen, einen Teil der Kürzungen rückgängig zu machen.

Bildungspolitische Ansichten und Ziele

Die Kompetenzorientierung im Sinne der Abwertung verbindlicher Bildungsinhalte sehe er durchaus kritisch, betont Cord Santelmann. Die Tendenz zur Ökonomisierung der Bildung erscheine ihm fatal. Deshalb habe er sich auch in 'Gymnasium Baden-Württemberg' gegen die Einführung von Wirtschaft in Form von »WBS« am allgemeinbildenden Gymnasium und gegen die Trennung von Wirtschaft und Politik in der Lehrerbildung positioniert. Große Sorge bereite ihm das erklärte Ziel der »daten-gestützten Schulentwicklung«. Hier bestehe die Gefahr, dass statt Menschen nur noch Zahlen und nicht mehr Schüler und Lehrer im Mittelpunkt der Bildungsbemühungen stünden, erklärt Cord Santelmann.

Berufspolitische Ansichten und Ziele

Als Referent für Berufspolitik im Landesvorstand unterstützt er die Entwicklung berufspolitischer Positionen zu Themenfeldern wie Lehrereinstellung, Arbeitszeit, Besoldung usw. Ebenfalls vertritt er den Philologenverband Baden-Württemberg im Berufspolitischen Arbeitskreis des Deutschen Philologenverbandes. Dabei müssten die berufspolitischen Hauptforderungen die Reduzierung des Deputats und des Klassenteilers sein. Dies sei auch der beste Arbeits- und Gesundheitsschutz für Lehrkräfte, so Cord Santelmann. Es mache ihm große Freude, sich für berufspolitische Themen einzusetzen. Erfolge könne er dabei zum Beispiel bei der Abwehr der von der Landesregierung 2010 geplanten 'Vorgriffsstunde' durch eine Mail-Aktion verbuchen. Diese hatte den Landtag tagelang beschäftigt. Ebenso nennt er die >>

Zur Person



Cord Santelmann ...

- erlangt 1987 sein Abitur am Georg-Büchner-Gymnasium Darmstadt;
- absolviert 1987 - 1989 20 Monate Zivildienst beim Mobilien Sozialen Hilfsdienst in Darmstadt;
- studiert von 1989 - 1997 die Fächer Französisch, Spanisch und Geschichte für das Lehramt an der Universität Tübingen;
- absolviert während des Studiums Auslandsaufenthalte in Frankreich und Mexiko;
- leistet von 1997 bis 1999 sein Referendariat am Wildermuth-Gymnasium Tübingen und am Gymnasium Hechingen;
- ist ab September 1999 Gymnasiallehrer als Beamter auf Probe am Gymnasium Hechingen;
- wechselt im Schuljahr 2012/2013 an das Gymnasium Haigerloch;
- ist seit September 2013 am Karl-von-Frisch-Gymnasium Dußlingen;
- ist als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats Gymnasien und Mitglied des Hauptpersonalrats seit 2014 vom Unterricht freigestellt;
- ist Verbandsmitglied seit Dezember 2000;
- wird im September 2003 zum Schulvertreter am Gymnasium Hechingen gewählt;
- wird im Februar 2004 zum stellvertretenden Regionalvertreter der Region Zollern-Alb gewählt;
- wird im November 2004 zum 2. Vorsitzenden des PhV-Bezirksverbandes Südwürttemberg gewählt (bis zur Amtsübernahme von Karin Kriesell);
- wird ebenfalls im November 2004 zum JuPhi-Vorsitzenden Südwürttemberg gewählt;
- ist ab 2005 kommissarisch JuPhi-Vorsitzender des Landesverbands;
- ist seit September 2005 erstes PhV-Ersatzmitglied im BPR beim Regierungspräsidium Tübingen;
- ist seit September 2006 Ordentliches Mitglied im BPR beim Regierungspräsidium Tübingen; >>



Aktionen des Philologenverbandes Baden-Württemberg für die steuerliche Absetzbarkeit häuslicher Lehrerarbeitszimmer. Dabei sei der Philologenverband BW aber immer auch auf seinen Dachverband, den Beamtenbund Baden-Württemberg, angewiesen. Dieser habe erst kürzlich die Besoldungsabsenkung für Berufsanfänger auf dem Gerichtsweg zu Fall gebracht und hohe Rückzahlungen an die Betroffenen ermöglicht. Im Auftrag des PhV-Landesvorstands habe er 2016 eine Online-Petition für Wahlfreiheit der Schulen zwischen G8 und G9 initiiert, welche gut 14.600 Unterstützer gewonnen habe (<https://openpetition.de/!csgfx>). Dies habe laut Cord Santelmann sicherlich dazu beigetragen, dass der 'G9-Schulversuch' verlängert wurde. Bei den Landtagswahlen 2021 werde das Thema 'G9' sicherlich wieder aktuell werden.

E.G.

- arbeitet seit August 2006 im Referat 'Berufspolitik' im Landesvorstand des Philologenverbandes BW mit;
- ist seit September 2007 berufspolitischer Referent des PhV BW;
- ist seit September 2008 Referent 'IT/Medien' des PhV BW;
- betreibt seit November 2008 die Redaktion des PhV-Newsletters 'PhV-Info';
- ist seit September 2008 stellvertretender Vorsitzender der Kommission Bildung und Wissenschaft (KBW) im Beamtenbund Baden-Württemberg;
- ist seit November 2008 1. Vorsitzender des PhV-Bezirksverbands Südwürttemberg;
- ist seit August 2010 Mitglied des Hauptpersonalrats Gymnasien beim Kultusministerium in Stuttgart;
- ist seit September 2010 Vorsitzender des BPR beim RP Tübingen;
- ist seit 2015 Ersatzmitglied im Landeschulbeirat.

Der Vielseitige

Cord Santelmann ist verheiratet und hat ein Kind. Als passionierter Hobby-Fotograf ist er selten ohne Kamera unterwegs (https://www.fotocommunity.de/user_photos/2193929). Er liebt Musik, singt gern und spielt Gitarre. Cord Santelmann versucht, das Leben zu genießen und Widrigkeiten dabei mit Humor zu begegnen.

Referent für IT/Medien

Als Referent für IT/Medien im Landesvorstand betreut Cord Santelmann die Landeshomepage des PhV BW und den Newsletter mit gut 3.100 Abonnenten. Dieser kann kostenlos und unverbindlich unter www.phv-bw.de abonniert werden. So hat er auch am PhV-Positionspapier zur Digitalisierung im Bildungsbericht mitgewirkt, das am 6. April 2019 auf dem PhV-Gymnasialtag präsentiert wurde. Dieses Dokument stelle eine gute und differenzierte Basis für die PhV-Arbeit in diesem Zukunftsbereich dar, so Cord Santelmann. Ebenso dokumentiert er Veranstaltungen des PhV BW fotografisch für unsere Verbandszeitschrift.

Martina Scherer (Landesvorsitzende der Jungen Philologen BW)

»Meine Vision ist es, so oft wie möglich das Glitzern in den Augen der Kinder zu sehen«

Martina Scherer ist seit Juli 2018 Landesvorsitzende der Jungen Philologen (JuPhi) im Philologenverband Baden-Württemberg und gehört somit dem Landesvorstand des PhV BW an.

Eigentlich wollte Martina Scherer Opernsängerin werden, doch dann habe sie nach eigenen Worten gerade noch die Kurve bekommen, um den besten Beruf der Welt zu ergreifen, nämlich den der Lehrerin. Sie leitet dabei an ihrem Gymnasium die Big Band und den Chor. Ebenso organisiert sie Konzerte wie Jazzabende und beteiligt sich an der Durchführung von Gottesdiensten und anderen schulischen Veranstaltungen. Martina Scherer liebe Veranstaltungen. Sie zeige sich dabei nicht nur verantwortlich für musikalische Inhalte, sondern organisiere auch die Pressearbeit und gestalte Dekoration und Bewirtung. So erledige sie quasi das volle Veranstaltungspaket, sagt Martina Scherer.

Einsatz auf Landes- und Bundesebene

Martina Scherer möchte sich im Verband für die Wünsche, Sorgen und Kritik der jungen Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Dabei sei sie im Landesvorstand sowie auf Bundesebene im Deutschen Philologenverband aktiv. Ihre Vision vom Beruf des Lehrers sei es, so oft wie möglich das

Glitzern in den Augen der Kinder zu sehen, die in ihrem Unterricht etwas für sich selbst entdeckt hätten.

Bildungspolitisch hat Martina Scherer klare Vorstellungen vom Gymnasium. Ihre Erwartung an die Bildung sei es, einerseits den Kindern wieder mehr Zeit zu geben, Kinder zu sein. Dennoch solle andererseits von ihnen aber auch Wissen verlangt werden, welches ihnen vorgegeben werde. Somit setze sie sich für einen Wissenskanon ein, welcher Kompetenzen mit Inhalten fülle.

Berufspolitische Ziele

Martina Scherer befürwortet klar die Rückkehr zu 23 Deputatsstunden Unterricht. Auch seien kleinere Klassen für sinnvollen Unterricht unerlässlich. Ebenso müsse es mehr Anrechnungstunden für zusätzliche Aufgaben geben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei laut Martina Scherer noch stark verbesserungsfähig. Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, müsse die Lehrerversorgung auf 110 Prozent angehoben werden. Des Weiteren führe Qualität in der Ausbildung langfristig auch zu Qualität bei der Wissensvermittlung.

Abschließend betont Martina Scherer, dass die Verbindung zu den Jugendabteilungen der Parteien beibehalten und intensiviert werden solle. Ebenso sollten die wichtigen Kontakte zum BBW regelmäßig gepflegt werden.

E.G.

Zur Person



Martina Scherer ...

- hat in Karlsruhe die Fächer Musik und Mathematik studiert;
- unterrichtete von 2009 bis 2014 am Hilda-Gymnasium in Pforzheim;
- unterrichtet seit 2014 am Reuchlin-Gymnasium in Pforzheim;
- ist Regionalvertreterin der Region Pforzheim;
- ist seit 2014 Bezirksvorsitzende der Jungen Philologen (JuPhi) Nordbaden;
- engagiert sich im Vorstand des Bezirksverbands Nordbaden;
- veranstaltet gemeinsam mit dem Bezirksvorstand in Nordbaden Schulvertreterversammlungen in ihrem Bezirksverband;
- organisiert Personalräteschulungen für Örtliche Personalräte und Bezirkspersonalräte;
- organisiert und moderiert Bewerbertrainings für Referendare;
- beteiligt sich an Vorträgen zu verschiedenen Themenbereichen;
- wurde im Juli 2018 zur Landesvorsitzenden der Jungen Philologen Baden-Württemberg (JuPhi) gewählt.

Die Leidenschaftliche

Martina Scherer leitet die Big Band und den Chor an ihrem Gymnasium. Daneben verbringt die leidenschaftliche Musikerin ihre knapp bemessene Freizeit gerne mit Singen und Stricken. Sie sagt immer, was sie denkt und trägt ihr Herz auf der Zunge.

Der Landesvorstand im Philologenverband Baden-Württemberg

Mit Martina Scherer endet die Serie der Vorstellungen der stimmberechtigten Funktionsträger im Landesvorstand. Diese sind der Vorsitzende des Philologenverbandes, Ralf Scholl, dessen beiden Stellvertreter Karin Fetzner und Jörg Sobora, der Schatzmeister Martin Brenner sowie die vier Bezirksvorsitzenden Cord Santelmann (Südwestfalen), Joachim Schröder (Südbaden), Björn Sieper (Nordbaden) und Christian Unger (Nordwestfalen). Dem Landesvorstand gehören laut Satzung als nicht stimmberechtigte Mitglieder der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Jörg Sobora, sowie der Schriftleiter der Zeitschrift Gymnasium Baden-Württemberg, Enver Groß, an. Der Landesvorstand benennt Referate und Referatsleiter, welche wertvolle und wichtige Arbeit leisten.

Hierbei sind zu nennen: das Referat Arbeitnehmer (Ursula Kampf), die Beauftragte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Claudia Grimm), der berufspolitische Arbeitskreis (Cord Santelmann), der bildungspolitische Arbeitskreis (Andrea Pilz und Stephanie Wölz), das Referat Gemeinschaftsschulen (Tristan Wiedemann), das Referat IT/Medien (Cord Santelmann), das Referat der Pensionäre (ehemaliger Landesvorsitzender Karl-Heinz Wurster), das Referat Verbandspublikationen (Ralph Grossmann) sowie die Wahlkampfkommission (Karin Fetzner).

-gbw-

WBS: Ein Schulfach über Wirtschaft oder für die Wirtschaft?

Anmerkungen zu einer seltsamen Gegendarstellung in Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2018

Die Mitglieder der Bildungsplan-Kommission für das Schulfach Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (WBS) haben mit einer Gegendarstellung auf einen Artikel von Cord Santelmann reagiert, der die Einführung des Faches WBS in der Ausgabe 9-10/2018 deutlich kritisiert hatte. Die sechs Mitglieder der Bildungsplankommission sprechen von »einem wenig kenntnisreichen Artikel«, betrachten den Text als 'Denunziation' und fühlen sich 'diskreditiert'.

Einige Anmerkungen zur Gegendarstellung:

1. Auf zentrale Kritikpunkte des Artikels von Herrn Santelmann, zum Beispiel die intransparente Verflechtung von Politik und Wirtschaftslobby, den Mangel an ergebnisoffenen Diskussionen zur Einführung des Faches WBS und die nicht zielführende Trennung von Politik und Wirtschaft in der Lehrerausbildung, geht die Gegendarstellung nicht konkret ein.
2. Allgemein formulierte Absichtserklärungen im Bildungsplan des Schulfaches WBS sind weder Sachargumente für die Einführung des Schulfaches WBS noch für die Einführung eines monodisziplinären Lehramtsstudienganges Wirtschaftswissenschaften. Zum Zeitpunkt der Bildungsplanreform lagen dem Kultusministerium keine belastbaren Daten zu den ökonomischen Kenntnissen der gymnasialen Schüler/innen vor. Diese wurden erst im Nachhinein erhoben (ab 2016, finanziert von der Würth-Stiftung). Der bidisziplinäre Lehramtsstudiengang Politik/Wirtschaft wur-



von Dr. Martin Lindeboom
Mitglied im Vorstand des Landesverbands Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen

- de 2015 ohne vorherige Evaluation beendet und durch monodisziplinäre Studiengänge Politik und Wirtschaft ersetzt.
3. Ökonomische Handlungen bilden den Entstehungsraum für soziale und ökologische Probleme und verursachen diverse politische und gesellschaftliche Konflikte. Wirtschaft ohne Berücksichtigung hinreichend vieler anderer Perspektiven wird den komplexen Wechselbeziehungen nicht gerecht. Die Gefahren eines selektiven Framings sind real, unter anderem erkennbar an den Teilkompetenzen in den Themenfeldern 'Unternehmer' und 'Wirtschaftsbürger' im Bildungsplan WBS. Zum Beispiel bleibt die Macht von Unternehmern und Unternehmensverbänden unerwähnt, ebenso das Thema Lobbyismus.
4. Von einer 'kritisch, engagiert und konstruktiv' arbeitenden Bildungsplankommission wäre zu erwarten gewesen, dass sie im Rahmen der Anhörung eine Kommunikation auf Augenhöhe zulässt. Diese Bedingung für jede erfolgreiche Bürgerbeteiligung wurde nicht erfüllt. Zielführend wäre gewesen, dass die Bildungsplankommission direkt mit den Kritiker/innen kommuniziert oder aber zumindest in schriftlicher Form auf die zentralen Kritikpunkte antwortet. Zum Beispiel auf konkrete Kritikpunkte oder Verbesserungsvorschläge in den umfangreichen Stellungnahmen von Frau Prof. Dr. Weber und Herrn Prof. Dr. Hedtke, unter anderem zur

Entpolitisierung der Verbraucherbildung. Das von der Bildungsplan-Kommission ausgewählte und in der Gegendarstellung gelobte Drei-Dimensionen-Modell wird von Prof. Dr. Hedtke deutlich kritisiert: »... in erheblichen Teilen fragwürdig und für die Strukturierung der ökonomischen Bildung im Fach nicht tragfähig. Es entspricht in wichtigen Punkten nicht dem Stand der Wirtschaftswissenschaften, von den anderen Sozialwissenschaften ganz zu schweigen.«.

5. Die Dieter von Holtzbrinck Stiftung hatte von Anfang an einen privilegierten und intransparenten Zugang zu den Entscheidungsträgern. Nicht nur weil zwei frühere Landesminister im 'Förderkreis' der Stiftungssinitiative 'Wirtschaft Verstehen Lernen' aktiv waren. In einem Beitrag mit dem Titel 'Wie bringt sich die Stiftung in die Gestaltung der Bildungspläne ein?' wird die Rolle der Stiftung während der Bildungsplanreform deutlich. Verfasserin ist Frau Prof. Suzan Bacher, bis 2014 Direktorin des Landesinstituts für Schulentwicklung und von 2012 bis 2014 auch Mitglied im Beirat der Stiftungssinitiative.

»Aus dem Beirat der Stiftung bildete sich ein Arbeitskreis Bildungsplanarbeit, der sich zu bisherigen Curricula äußerte, vor allem aber in einen regen Austausch mit den Mitgliedern der Bildungsplankommission einstieg. Und rege war der Austausch in der Tat. [...] Ein konkretes Beispiel dafür, Bildungsplanarbeit im Dialog zu gestalten. Fortsetzung folgt« (Broschüre der Holtzbrinck-Stiftung, S. 14).

6. Entsprechend der Gegendarstellung wurde nach der Anhörung jede einzelne von über 100 Eingaben zum Bildungsplan WBS besprochen und »viele wurden eingepflegt«. Einige Zahlen hierzu: Von den anfänglich 42 Teilkompetenzen in der Anhörungsfassung blieben 35, d.h. 83,3 Prozent unverändert. Sieben wurden verändert, darunter allerdings auch mehrere nur marginal. Keine Teilkompetenz wurde gestrichen, eine einzige kam neu hinzu.

Diese lautet: »Die Schülerinnen und Schüler können Zusammenhänge betrieblicher Abläufe in einem Unternehmen (Beschaffung, Produktion, Absatz) erklären«. Genau diese neue Teilkompetenz wird in der Stellungnahme der Holtzbrinck-Stiftung zur Anhörungsfassung als Empfehlung für einen neuen Standard vorgeschlagen ('betriebliche Funktionen und betriebliche Abläufe': 'Beschaffung, Leistungserstellung, Absatz/Marketing'). Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Stiftung hat den Bildungsplan beeinflusst, nicht geschrieben.

Interessant auch, welche Teilkompetenzen noch in der gymnasialen Entwurfsfassung 2014 standen, aber schon in der Anhörungsfassung 2015 fehlen: »...die Bedeutung von Sozialpolitik als grundlegendes Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft für den Bürger an einem Beispiel beschreiben« oder »...am Beispiel Vermögen beurteilen, inwieweit Steuern Wohlstand umverteilen sollen«.

Fazit: Die Trennung der Fächer Politik und Wirtschaft bzw. Geographie und Wirtschaft führt bei knappen Unterrichtszeiten zu einer Dominanz bestimmter Perspektiven im jeweiligen Fach. Kollisionen mit dem Kontroversitätsgebot sind nahezu unvermeidbar und darunter leidet die politische Bildung. Die zentralen Aussagen von Herrn Santelmann beruhen auf Tatsachen. Im Schulfach WBS lernen die Schülerinnen und Schüler natürlich etwas über die Wirtschaft. Dem ökonomischen Denkansatz wird aber ein zu großer Raum zugestanden, um von einem multiperspektivischen Fach zu sprechen. Insofern kann WBS durchaus als Fach für die Wirtschaft und die wirtschaftsnahen Stiftungen bezeichnet werden, deren intransparente Lobbyarbeit zur Einführung dieses höchst fragwürdigen Schulfaches führte.

Weitere Informationen, unter anderem zu allen Quellen, finden Sie im Internet unter: <https://www.dvpb-bw.de/index.php/positionen/wbs>

Der 2018 gegründete Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V. (DVPB) kooperiert mit dem Südwestdeutschen Lehrerinnen- und Lehrerverband für historische, politische und ökonomische Bildung e.V. (SWL).

Foto: Animateira PlesStock/AdobeStock



Leserbrief zum Diskussionsbeitrag von Edelgard Jauch

'Zum Ansinnen der Ministerin, den Vertretungsunterricht zu analysieren'

in: Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2018

Edelgard Jauch befürchtet, dass auf Schulen Mehrarbeit zukommt, weil sie ein Vertretungskonzept erstellen müssen. Diese Befürchtung teile ich durchaus, möchte aber einen konstruktiven Vorschlag machen, wie ein solches Konzept aussehen könnte.

Dass Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall getroffen werden müssen, steht außer Frage. Zu Recht fordern Eltern eine umfassende Bildung und eine zuverlässige Betreuung für ihre Kinder. Dies ist auch in unserem Sinne, denn genau das ist unsere Aufgabe, die wir so für uns gewählt haben und die wir entsprechend auch erfüllen möchten.

Die Ursachen für Unterrichtsausfall sind bereits analysiert worden. An erster Stelle steht der Ausfall durch Krankheit. Es gilt also, die Lehrgesundheit zu stärken. Dies lässt sich durch eine Senkung des Deputats auf maximal 23 Stunden erreichen.

Dann muss überlegt werden, welche Art von Vertretung wirklich einen Nutzen bringt, also »passgenau« ist, um die Kultusministerin zu zitieren. Meines Erachtens ist der einzig wirklich sinnvolle Vertretungsunterricht derjenige, welcher von einer Fachlehrkraft geleistet wird, die ohnehin in der Klasse unterrichtet. Insofern schlage ich vor, das Deputat um eine weitere Stunde, also auf 22

Stunden zu senken, aber eine verpflichtende Vertretungsstunde in den Stundenplan einzubauen, die nach Möglichkeit in einer der eigenen Klassen abgeleistet werden soll. Dann finden halt in einer Woche mal vier statt drei Englischstunden statt oder fünf statt vier Mathestunden! Diese Zusatzstunde ist vielleicht auch nicht optimal vorbereitet, aber immer noch um Klassen besser als das, was eine Vertretungslehrkraft, die die Lerngruppe nicht kennt, ad hoc aus dem Hut zaubern kann. Durch die Verankerung als Präsenzstunde im Stundenplan wird die Vertretung für uns Lehrerinnen und Lehrer berechenbar, und da diese Stunde Teil des Deputats ist, wird sie endlich angemessen vergütet und sollte somit auf höhere Akzeptanz stoßen.

Ich mache mir keine Sorgen darüber, dass das Kultusministerium uns auf diese Weise eine Stunde 'schenkt', weil gar nicht so viel Vertretungsunterricht anfiel. Ein bis zwei unvergütete Vertretungsstunden pro Woche sind inzwischen eher der Normalfall als die Ausnahme, insofern könnte sich sogar diese eine Stunde als unzureichend erweisen. Aber es wäre ein Anfang für einen effektiven Vertretungsunterricht, der sogar vom Ministerium honoriert würde.

Anne Kiehn



>> PhV-Mitglieder protestieren gegen die Blockadehaltung der Arbeitgeber und für die überfällige Gehaltserhöhung: Tarifbeschäftigte, aktive Beamte und Pensionäre solidarisch vereint!



>> Aktiv für die Arbeitnehmeranliegen – die AKA-Mitglieder des PhV BW Ursula Dingler, Sieglinde Selinka, Ursula Kampf und Brigitta Beyrich!

SO NICHT!

Gemeinsamer Protestmarsch mit Kundgebung von Tarif- und beamteten Beschäftigten der dbb-Gewerkschaften und -verbände zeigt den Arbeitgebern den Weg für die weiteren TV-L-Verhandlungen!

Gemeinsam protestierten mehr als 1000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus den dbb-Gewerkschaften und -verbänden am 12. Februar 2019 in Stuttgart für deutliche Einkommensverbesserungen und gegen die bisherige Blockadehaltung der Arbeitgeber. Letztere hatten auch in der zweiten TV-L-Verhandlungsrunde am 6. und 7. Februar 2019 in Potsdam kein eigenes Angebot vorgelegt.

In ihrer Auftaktrede vor dem Start des Protestmarschs durch die Innenstadt erinnerte Brigitta Beyrich (Philologenverband Baden-Württemberg) alle an die Bedeutung der Lehrkräfte: »Wir Lehrkräfte schaffen die Voraussetzungen, dass Baden-Württemberg so gut dasteht – mit seinen sprichwörtlichen 'Käpsele'«. Sie analysierte: »Wir schaffen also die Voraussetzungen für Baden-Württembergs starke Wirtschaft, sprudelnde Steuereinnahmen und den steigenden Bedarf an Arbeitskräften.« Edmund Schuler (Deutsche Polizeigewerkschaft) bekräftigte die bereits von Brigitta Beyrich vorgetragenen Forderungen des dbb für diese Tarif-

runde: »Sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens 200 Euro mehr für unsere Arbeit.« Er begründete: »Unsere Forderungen sind berechtigt. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ballungsräumen Baden-Württembergs können kaum die hohen Lebenshaltungskosten für sich und ihre Familien bestreiten.« Auch Robert Wendling (Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten) monierte die mangelnde Wertschätzung der Arbeitgeber und wies auf den besonders gefahrenreichen Arbeitsplatz seiner Kollegen und Kolleginnen, zum Beispiel an und auf der Autobahn, hin.

Mit der Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz setzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen mit aktiven und pensionierten Beamtinnen und Beamten ein deutliches, weder zu übersehendes noch zu überhörendes Zeichen für die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Kai Rosenberger, Vorsitzender des BBW, beklagte die vielen unbesetzten Stellen in der Landesverwaltung und warnte die Landesregierung: Nur mit attraktiven Gehältern und flexiblen Arbeitszeiten habe das Land Baden-Württemberg als Arbeitgeber eine Chance im Konkurrenzkampf um Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt.* Im Übrigen müs-

se das Tarifergebnis 2019 zeitgleich und systemgerecht auf die aktiven und pensionierten Beamtinnen und Beamten übertragen werden; das Bundesverfassungsgericht habe in seiner Entscheidung aus dem Jahr 2017 deutlich den Weg gewiesen. Volker Geyer, stellvertretender Vorsitzender des dbb und dbb Fachvorstand Tarifpolitik, appellierte an die Landesregierung in Baden-Württemberg: »Gute Tarifpolitik ist die beste Investition in die Zukunft. Wenn nicht in Lehrkräfte, Polizisten, Erzieherinnen, IT-Fachkräfte oder Ingenieure – in wen oder was will Baden-Württemberg denn sonst investieren?«

Am 28. Februar und 1. März 2019 wurden die Tarifverhandlungen in Potsdam fortgesetzt.

Weitere Informationen unter: www.dbb.de/einkommensrunde.

Ursula Kampf, Referat Arbeitnehmer/
Tarifbeauftragte PhV BW

*Vgl. dazu aus dem Artikel 'Strobl treibt Sitzmann zur Initiative an' (Stuttgarter Zeitung, 14. Februar 2019, S. 5, Matthias Schiermeyer): »Der Innenminister [Thomas Strobl] sorgt sich um die Konkurrenzfähigkeit des Landes als guter Arbeitgeber«. [...] »Thomas Strobl bittet die Amtskollegin [Edith Sitzmann in einem Schreiben] dringend, sich im Rahmen der Tarifrunde für Verbesserungen und eine Anhebung der Entgelte für die Beschäftigten unseres Landes auf das Niveau des TVöD einzusetzen und auf einen Gleichstand der Tabellenentgelte hinzuwirken.«

Streik und Demo in Stuttgart

PhV zeigt Flagge für die Anliegen der Beschäftigten



von **Steffen Kottmann**
Streikleiter des Philologenverbandes
Baden-Württemberg
und Geschäftsführer der
Landesgeschäftsstelle in Stuttgart

Mit rund 25 Mitgliedern war der Philologenverband Baden-Württemberg bei den landesweiten Warnstreiks und der Demonstration des dbb zusammen mit den Fachgewerkschaften und -verbänden des BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg anlässlich der TV-L-Einkommensrunde öffentlicher Dienst 2019 am 12. Februar in Stuttgart vertreten. Die PhV-Vertreter, darunter neben Arbeitnehmern auch Beamte (in ihrer Mittagspause) und Pensionäre, unterstützten damit die Forderungen unter anderem nach einer Erhöhung der Tabellenentgelte für die Tarifbeschäftigten der Länder um sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro, die erwartete Weiterentwicklung der Entgeltordnung Lehrkräfte sowie die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Beamtenbereich. Für den Arbeitskreis Arbeitnehmer (AKA) des PhV BW machte Brigitte Beyrich in ihrer Ansprache bei der Auftaktkundgebung deutlich, wie wichtig engagierte und angemessen bezahlte Lehrkräfte für die Bildung in Baden-Württemberg sind. Nach einem Demonstrationzug durch die Stuttgarter Innenstadt, bei dem die Philologen mit ihren gelben Transparenten, Fahnen, Westen und Mützen sehr auffällig waren, warben der dbb-Tarifchef Volker Geyer und der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger auf der Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz vor den rund 1.000 Teilnehmern in kämpferischen Reden und mit guten Argumenten für die berechtigten Forderungen der im Landesdienst Beschäftigten und kritisierten die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite.

Einkommensrunde TV-L 2019:

Viel erreicht! Schlimmes verhindert!*

Nach zähen Verhandlungen mit der Arbeitgebervertretung Tarifgemeinschaft deutscher Länder TdL wurde folgende Tarifeinigung am frühen Sonntag, dem 3. März 2019, erreicht: »unter Einberechnung aller weiterer Faktoren der Tarifeinigung ein Gesamtvolumen von acht Prozent* mehr bei einer Laufzeit von 33 Monaten (1. Januar 2019 bis 30. September 2021). Dies bedeutet:

- ab 1. Januar 2019 3,2 Prozent Gesamtvolumen lineare Erhöhung, mindestens 100 Euro mehr,
- ab 1. Januar 2020 3,2 Prozent Gesamtvolumen lineare Erhöhung, mindestens 90 Euro mehr,
- ab 1. Januar 2021 1,4 Prozent Gesamtvolumen lineare Erhöhung, mindestens 50 Euro mehr.

Mit der überproportionalen Erhöhung der Stufe 1 in den Entgeltgruppen EG 2 bis EG 15 verbessert sich, wie angestrebt, die finanzielle Situation der Berufsanfänger. Zwar konnte die Forderung nach stufengleicher Höhergruppierung nicht durchgesetzt werden, jedoch wurde fast eine Verdreifachung des sogenannten Garantiebetrags (von 64,13 Euro auf 180 Euro für EG 9 bis EG 14 bei Höhergruppierung; »begrenzt auf den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Höhergruppierung«^{*)} erreicht. Auch für einzelne Bereiche wie Auszubildende, Pflege sowie Sozial- und Erziehungsdienst konnten Verbesserungen erzielt werden. Für diejenigen Lehrkräfte, die bisher einen Anspruch auf eine monatliche Angleichungszulage in Höhe von 30 Euro hatten, wurde diese zum 1. Januar 2019 auf 105 Euro erhöht**.

Um die oben beschriebenen materiellen Verbesserungen und gleichzeitig die Weiterentwicklung der Entgeltordnung (öffentlicher

Foto/Quelle: Friedhelm Windmüller

>> Ursula Kampf vergewissert sich in der Bundestarifkommissionssitzung, dass die Arbeitnehmerseite in den Verhandlungen eisern die Versuche der Arbeitgeberseite abblockt, Möglichkeiten für eine Verschlechterung der Eingruppierungen zu schaffen.



Dienst ohne Lehrkräfte) in einzelnen Punkten zu erreichen, war es nötig, die Jahressonderzahlung für die Jahre 2019 bis 2022 auf dem Stand von 2018 einzufrieren.

Insgesamt »haben wir«, wie dbb Chef Ulrich Silberbach konstatierte, »alles versucht und viel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht.« Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik im dbb, wies in der Sitzung der Bundestarifkommission (2./3. März 2019) auf zahlreiche nicht aufgearbeitete strukturelle Defizite des TV-L als weiter bestehende Aufgaben und Herausforderungen für die tarifpolitische Arbeit des dbb hin. Auch in Bezug auf die in der Tarifeinigung mit der TdL vereinbarten Gespräche zum Thema Arbeitsvorgang (Entgeltordnung TV-L, ohne Lehrkräfte) ist höchste Wachsamkeit geboten, damit nicht Möglichkeiten für eine Verschlechterung bei den Eingruppierungen doch noch in die Nähe der Realisierung rücken, wo doch die Arbeitnehmerseite in den Tarifverhandlungen erfolgreich alle Versuche der Arbeitgeber in diese Richtung abblocken und damit vereiteln konnte.

Weitere Informationen:

www.dbb.de/einkommensrunde.

Ursula Kampf,

Mitglied der dbb-Bundestarifkommission,
Referat Arbeitnehmer/Tarif PhV BW

* s. dbb beamtenbund und tarifunion, dbb aktuell: Einkommensrunde 2019/Nr. 25 März 2019

** Diese Regelung betrifft Lehrkräfte, die an allgemein bildenden Gymnasien unterrichten, nicht.



>> CESI-Bildungskonferenz in Lissabon: Der dbb stellte die größte Delegation der Konferenz. Bernd Saur vertrat den DPhV.

QUO VADIS EUROPA?

Die nahehe Europawahl als Lakmüstest für die Zukunft unseres Kontinents

Selbsterfleischung oder Nachweis der Weltpolitikfähigkeit: Europa hat die Wahl

Man sollte meinen, dass die nahehe Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 eine Besinnung aller Akteure auf die Bedeutung der EU bewirken würde. Anstatt sich jedoch darauf zu besinnen, dass in einer Welt der fortschreitenden Globalisierung nicht Klein- bzw. Zwergstaaten den Supermächten Paroli bieten können, gefallen sich zu viele EU-Länder in der Zurschaustellung national-partikularen Imponiergehabes. In seiner 'Stuttgarter Rede zu Europa' am 29. November 2018 warnte der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor einer »freiwilligen Verzweigung«. Herausforderungen wie der Brexit, das Weltklima, die Migration oder die Digitalisierung erforderten multilaterale Lösungen. Wörtlich sagte er: »Europa ist ein Kontinent des UND und nicht des ENTWEDER/ODER.« Letzteres sei ein Irrweg. Man könne seine engere Heimat und gleichzeitig Europa lieben. Das eine schließe das andere nicht aus. 'Unite or decline' seien die zwei Optionen, wobei für Europa ein 'united in diversity' gelte. Letzteres, also die enorme beispielsweise kulturelle Vielfalt ist der Reichtum unseres Kontinents. Diese Vielfalt muss als konstitutives Element Europas begriffen werden, die eine europäische Identität nicht verhindern darf. Richtig ist jedoch, dass wir Europäer uns zu wenig kennen. Bei der Europa-Konferenz des Dachverbands europäischer Gewerkschaften im November in Lissabon wurde genau diese Erkenntnis heftig beklagt. Man möge, so eine französische Lehrerin, einen Portugiesen fragen, was er denn von Polen wisse, und man möge einen Rumänen fragen, was er von Irland wisse. Ich brachte auch hier meine bereits bei der europäischen Bildungskonferenz in Potsdam geäußerte Forderung ein, dass jeder Schulabgänger in jedem EU-Land verbindliche Grundkenntnisse über die Länder Europas und das Funktionieren und die Regularien der Staatengemeinschaft erworben haben muss. Wertschätzen kann man nur, was man auch kennt.

Die aktuellen Geschehnisse geben hingegen Anlass zu größter Sorge bezüglich der Zukunft der europäischen Werte- und Schicksalsgemeinschaft. Das Agieren von Westminster beim Thema 'Brexit' wird als Trauerspiel erster Klasse in die britische Geschichte eingehen. Da die Sanktionierung von EU-Mitgliedern nur einstimmig beschlossen werden kann, können es sich Länder wie Polen und Ungarn erlauben, Europapolitik gegen geltendes Europarecht zu betreiben. Nicht alle fühlen sich gleichermaßen unserer Solidargemeinschaft verpflichtet. Die Beitrittsgründe einiger osteuropäischer Länder unterscheiden sich offensichtlich gewaltig von denen der sechs Gründungsländer (Römische Verträge von 1957). Spannungen zeigen sich aber auch unerwartet und unerwartet schnell zwischen den Gründungsstaaten, die man offensichtlich nicht so ganz selbstverständlich als Nukleus und Hüter der Grundwerte betrachten darf. So war der Jubel über die Unterzeichnung des Aachener Vertrags vom 22. Januar 2019 (Traité d'Aix-la-Chapelle) als Neuauflage des Elysée-Vertrags von 1963 kaum verklungen, da tat sich ein beachtlicher Graben bezüglich der Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 zwischen Paris und Berlin auf. Selbiger hing wie ein Damoklesschwert über den noch soeben glorifizierten deutsch-französischen Beziehungen, was eindrücklich zeigt, wie schnell ein einzelnes Thema eine absolut stabil und solide geglaubte Beziehung massiv trüben kann. Oder nehmen wir das italienisch-französische Verhältnis: Die italienische Regierung provoziert Präsident Macron, indem sie größte Sympathie für die Gelbwesten äußert, deren nun schon monatelang andauerndes samstägliches Wüten kriminelle Züge angenommen hat, von dem widerlichen antisemitischen Begleitkonzert ganz zu schweigen.

Diese wenigen Beispiele mögen verdeutlichen, auf welchem zerbrechlichem Fundament die EU steht und wie schnell gesichert Geglaubtes ins Wanken geraten kann. Sollte sich die Befürchtung bewahrheiten, dass sich illiberal-nationalistisch-populistische Parteien am 26. Mai 2019 als Wahlsieger feiern (lassen) können, würde unser geliebtes Europa vor einer Herkules-Aufgabe stehen, vor einer Aufgabe mit ungewissem Ausgang. Es kann und darf nicht sein, dass »das größte Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte« durch nationalistische Nabelschau und borniertes egoistisches Kirchturndenken gefährdet wird. Das Projekt Europa und die Zukunft unserer Kinder dürfen nicht durch schäbiges politisches Taktieren unterminiert werden.

Bernd Saur, Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Thema aktuell

heute: Die Grünen

Digitale Bildung als Zukunftsaufgabe

Die Veränderungen durch die zunehmende Digitalisierung in unserer Gesellschaft und der Arbeitswelt bedeuten, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der digitalen Welt angemessen vorbereiten müssen. Die Digitalisierung im Schulbereich beinhaltet verschiedene Aspekte. Wichtig für uns ist dabei eine Prämisse: die Technik folgt der Pädagogik. Dabei müssen neben der Schaffung der notwendigen technischen Voraussetzungen die methodisch-didaktische Integration digitaler Medien im Unterricht und die Qualifizierung der Lehrkräfte im Fokus stehen.

In einer zunehmend digitalisierten Welt sollen die Schülerinnen und Schüler möglichst früh den souveränen, sicheren und sinnvollen Umgang mit den digitalen Medien lernen und die technischen Abläufe verstehen. Daher ist es wichtig, dass Informatik, Medienbildung und informationstechnische Grundbildung eine Selbstverständlichkeit für alle Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg werden. Bei der Digitalisierung geht es nicht darum, Analoges durch Digitales zu ersetzen, sondern in erster Linie einen pädagogischen Mehrwert für das Lernen zu ziehen.

Daher stehen am Anfang die Medienbildung und der sinnvolle Umgang mit digitalen Medien. Mit dem neuen Bildungsplan und der fächerübergreifenden Leitperspektive Medienbildung haben wir bereits eine wichtige Grundlage geschaffen. Im Schuljahr 2017/2018 startete der Aufbaukurs Informatik zunächst in Klasse sieben an allen allgemein bildenden Gymnasien. Ziel des Aufbaukurses ist es, vertiefende Kompetenzen – beispielsweise zur Kodierung von Daten, zu Sicherheit und Da-

Bildquelle: © Lena Lux Fotografie



von Sandra Boser,
Mdl.

tenschutz – sowie ein Verständnis von Algorithmen zu vermitteln.

Seit diesem Schuljahr können die Gymnasien zudem das neue Profillfach 'Informatik – Mathematik – Physik' (IMP) anbieten. IMP ermöglicht den Schülerinnen und Schülern im Anschluss an den Aufbaukurs Informatik in Klasse sieben, sich vertieft mit Inhalten der Informatik, Mathematik und Physik auseinanderzusetzen. Im Schuljahr 2019/2020 startet IMP auch an den Gemeinschaftsschulen.

Der Tablet-Schulversuch und die Lernfabriken 4.0 sind weitere wichtige Instrumente, um den pädagogischen Mehrwert beim Einsatz digitaler Medien im Unterricht zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Wir bedauern die Verzögerung bei der Einrichtung der digitalen Bildungsplattform aufgrund von technischen Schwierigkeiten und dass das Kultusministerium das Projekt neu ausschreiben muss. Für uns ist es wichtig, den Schulen zügig eine funktionsfähige und leistungsstarke Lernplattform zur Verfügung zu stellen und dass bei der Neukonzipierung der Bildungsplattform das Thema Open Source und Modularität gezielt in den Blick genommen wird. Es gibt im OS-Bereich bereits gut funktionierende Cloudlösungen, an die man sich andocken könnte. Um den konkreten Bedarf der Schulen zu ermitteln, ist

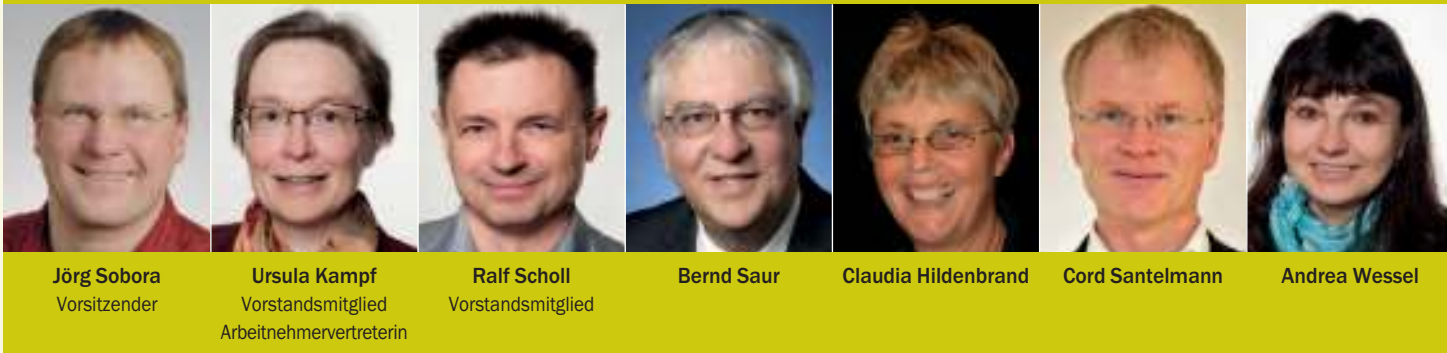
ein Beteiligungsprozess von Schulen, Schulträgern und Verwaltung sinnvoll. Wir haben bereits Schulen im Land, die eigene Lernplattformen eingerichtet und damit positive Erfahrungen gemacht haben. Die Erfahrungen dieser Schulen müssen wir bei der Digitalisierung stärker einbeziehen, denn hier steckt sehr viel Potential.

Eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung hängt letztlich aber davon ab, die Lehrerinnen und Lehrer auf die digitale Zukunft gut vorzubereiten. Damit mittelfristig alle Lehrkräfte digitale Bildungsmedien optimal mit pädagogischem Mehrwert im Unterricht einsetzen können, legen wir großen Wert auf entsprechende Fortbildungen. Mit der neu aufgestellten Lehrerbildung muss sichergestellt werden, die Medienbildung und den Einsatz von digitalen Medien in die Ausbildung zu integrieren.

Um digitale Bildung im Unterricht zu gestalten, ist natürlich auch eine entsprechende digitale Ausstattung nötig. Obgleich dies eine Aufgabe des Schulträgers ist, unterstützt das Land die Kommunen finanziell. So haben wir im Nachtragshaushalt ein Zukunftspaket geschnürt, bei dem die Digitalisierung der Schulen einen großen Raum einnimmt. Wir werden in den nächsten Jahren im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes gemeinsam mit den Kommunen 150 Millionen Euro investieren. Insgesamt wird das Land für den Breitbandausbau und die Digitalisierung eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen.

Die Digitalisierung wird unsere Bildungsangebote verändern, mit guten pädagogischen Konzepten, gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und einem nachhaltigen Blick auf den pädagogischen Mehrwert von digitalen Angeboten wird dies gelingen.

Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien



Einigungsstelle zum Thema der Erweiterung der Erhebung der Unterrichtssituation (USO)

Das Kultusministerium hatte geplant, bereits zur Erhebung im vergangenen November eine erweiterte Abfrage zu den Vertretungsstunden einzuführen. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hatte der Erweiterung jedoch nicht zugestimmt. Begründet hat er seine Nichtzustimmung mit der Mehrarbeit, die durch die Vollerhebung, die Ausdehnung auf drei Erhebungen und die Erweiterung der Abfrage entstehen würde. Deshalb berief das Kultusministerium eine Einigungsstelle ein. Da seit 1. März 2019 das neue Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) für diese Erhebungen zuständig ist und im Errichtungsgesetz ausdrücklich steht, dass das IBBW mehrmals im Jahr diese Erhebungen anordnen kann, wurde das Einigungsstellenverfahren abgebrochen. Nun wird das IBBW den HPR in dieser Sache wahrscheinlich erneut um Zustimmung bitten.

Das Kultusministerium hatte geplant, bereits zur Erhebung im vergangenen November eine erweiterte Abfrage zu den Vertretungsstunden einzuführen. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hatte der Erweiterung jedoch nicht zugestimmt. Begründet hat er seine Nichtzustimmung mit der Mehrarbeit, die durch die Vollerhebung, die Ausdehnung auf drei Erhebungen und die Erweiterung der Abfrage entstehen würde. Deshalb berief das Kultusministerium eine Einigungsstelle ein. Da seit 1. März 2019 das neue Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) für diese Erhebungen zuständig ist und im Errichtungsgesetz ausdrücklich steht, dass das IBBW mehrmals im Jahr diese Erhebungen anordnen kann, wurde das Einigungsstellenverfahren abgebrochen. Nun wird das IBBW den HPR in dieser Sache wahrscheinlich erneut um Zustimmung bitten.

Beschlussverfahren zum Thema der Festlegung der Abiturkorrekturzeiten und Abiturumschlagtermine

Der Hauptpersonalrat hat nun den Feststellungsantrag endlich beim Gericht eingereicht und hofft, dass das Gericht zu seinen Gunsten entscheidet und er in Zukunft bei der Festlegung der Termine und Korrekturzeiten beteiligt wird. Dadurch sollen sich Verbesserungen

hinsichtlich der Länge der Korrekturzeiten und bezüglich der Korrekturtageregelung erreichen lassen. Die gemeinsamen KMK-Prüfungstermine und die gemeinsam genutzten Aufgabenpools dürfen nicht länger auf Kosten der Gesundheit der Lehrkräfte gehen!

Evaluierung der Neuregelungen des Landespersonalvertretungsgesetzes

Das Innenministerium hat die Hochschule Ludwigsburg mit der Evaluierung der Neuregelungen des LPVG, die kurz vor den letzten Personalratswahlen im Jahre 2014 beschlossen worden sind, beauftragt. Die Hochschule führt deshalb Befragungen der Dienststellen und Personalräte aller Stufen (ÖPR/BPR/HPR) durch. Der Hauptperso-

nalrat Gymnasien hat über das Servicecenter Schulverwaltung den Örtlichen Personalräten einige Hinweise zukommen lassen, wie sie am besten mit der Befragung umgehen können, denn auf örtlicher Ebene läuft die Zusammenarbeit Schulleitung-ÖPR und die Arbeit des ÖPR allgemein weniger formalisiert ab.

Lehrereinstellung 2019

Kontingente für schulbezogene Stellenausschreibungen (Ausschreibungsverfahren Ländlicher Raum und Hauptausschreibungsverfahren)

Kontingente für die Einstellung in den öffentlichen Schuldienst (Gymnasien)

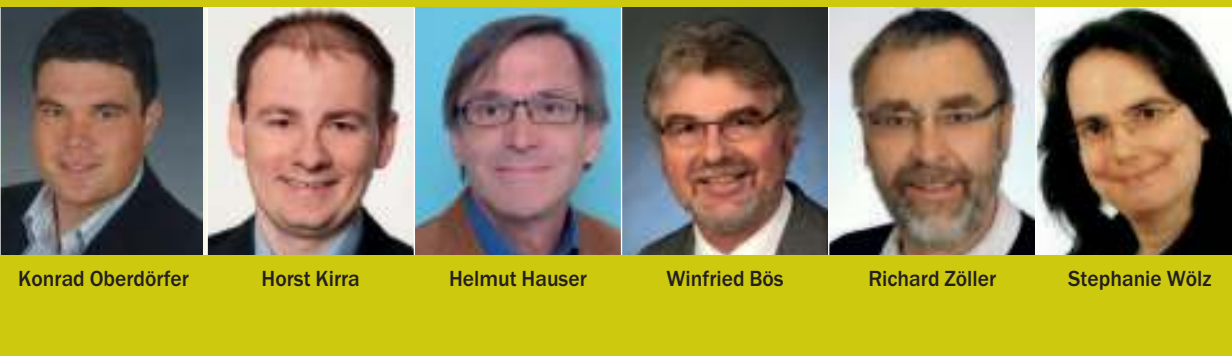
| | |
|-----------|-----|
| Stuttgart | 173 |
| Karlsruhe | 80 |
| Freiburg | 63 |
| Tübingen | 30 |
| Land BW | 346 |

Kontingente für die Einstellung in den öffentlichen Schuldienst (gymnasiale Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen)

| | |
|-----------|-----|
| Stuttgart | 62 |
| Karlsruhe | 24 |
| Freiburg | 27 |
| Tübingen | 36 |
| Land BW | 149 |

Zusätzlich gibt es für gymnasiale Lehrkräfte die Möglichkeit, sich für die Zusatzqualifikationen Lehramt Grundschule und Lehramt Sekundarstufe I zu bewerben. Die Zusatzqualifikation für das Grundschullehramt ist, wie in den beiden vorangegangenen Jahren auch, mit einer Zusage eines Wechsels ins gymnasiale Lehramt verbunden. Dies bedeutet, dass die Lehrkraft nach erfolgreicher einjähriger Ausbildung und dreijähriger Probezeit im Grundschullehramt an ein Gymnasium, eine Gemeinschaftsschule oder ein berufliches Gymnasium versetzt werden kann. Dabei entscheidet die Schulverwaltung nach Bedarf, an welcher Schulart und in welcher Region ein Angebot gemacht wird. Zur Zeit des Redaktionsschlusses stand die Zustimmung des HPR noch aus.

beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium



Die
PhV-Fraktion
im HPR



Erstattung von Reisekosten bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen und schulischen Austausch

Auch nach der Verdopplung des entsprechenden Haushaltstitels und als Folge dessen der schulischen Budgets für außerunterrichtliche Veranstaltungen bleiben zahlreiche Fragen offen. So hat das Kultusministerium noch nicht mit der Überarbeitung der entsprechenden Verwaltungsvorschrift begonnen und möchte erst das obergerichtliche Urteil zur vollständigen Zahlung der Übernachtungspauschale abwarten. In der ersten Instanz war das Kultusministerium in der Urteils-

begründung zur Zahlung der vollständigen Pauschale verurteilt und aufgefördert worden, diese auskömmlich zu gestalten, denn für zwanzig Euro bekomme man nirgendwo mehr eine Übernachtungsmöglichkeit. Der Hauptpersonalrat fordert seit langer Zeit die Erstattung der vollständigen Kosten. Diese Forderung gilt auch für die entsprechenden Kosten bei schulischen Austausch, die bei der ganzen Diskussion völlig außer Acht gelassen wurden. Zahlreiche Kollegin-

nen und Kollegen bekommen nach wie vor nur einen Bruchteil ihrer tatsächlichen Auslagen erstattet. Der Hauptpersonalrat kritisierte auch die Regelung, dass eine zweite Lehrkraft ihre Kosten erst erstattet bekommt, wenn die Schülerzahl zwanzig übersteigt. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Der Hauptpersonalrat bleibt dran. Das Kultusministerium hat nun endlich auch das Formular zur Einreichung der Reisekosten überarbeitet und die Möglichkeit des Verzichts entfernt.

Jörg Sobora

Schulung für örtliche Wahlvorstände in Saig am 9. Januar 2019



>> Stephanie Grether referiert vor Joachim Schröder, der – wie des Publikum – gespannt zuhört.

Der Wahlmonat Mai kommt mit schnellen Schritten – und damit hierbei alles reibungslos funktioniert, hat der südbadische Philologenverband die örtlichen Wahlvorstände aller Gymnasien gleich nach den Weihnachtsferien nach Saig eingeladen. Im klaren und anregenden Vortrag von Stephanie Grether, der Vorsitzenden des Bezirkswahlvorstands Südbaden, zeigte sich die Komplexität der Materie: Wer gilt als Beschäftigter? Wer ist wahlberechtigt und wer wählbar? Die örtlichen Wahlvorstände an den Schulen müssen viele Dinge berücksichtigen, Fristen einhalten und Wahllisten aushängen ...

Mit vielen neuen Informationen im Gepäck sind die Teilnehmer jetzt wohl gerüstet für die anstehenden Aufgaben – wir wünschen allen dabei viel Erfolg!

Claudia Hildenbrand

Arbeitssitzung bei den Jungen Philologen



>> Die Jungen Philologen beim Erarbeiten der verschiedenen Themen.

Die Frühjahrsklausur der Jungen Philologen fand am 23. Februar in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart statt. Auch hier war ein kleiner Einbruch aufgrund der Grippewelle zu spüren, doch die verbliebenen gesunden Teilnehmer der Klausur waren voller Tatendrang und machten sich nach den Berichten aus dem Landesvorstand und aus den Bezirken gleich an die Arbeit. Wichtige Themen für den Austausch zwischen den Bezirken stellen im Frühjahr die Seminarvorstellungen und das Bewerbertraining dar.

Mit Teilnehmern aus allen vier Bezirken konnte die Landesvorsitzende Martina Scherer die Sitzung moderieren und die Ergebnisse des Tages voranbringen.

In der 'neuen' Gruppe der JuPhi war die Erstellung eines Agenda-Settings ein Arbeitsschwerpunkt, durch das die Positionen festgelegt werden sollen.

Der zweite Schwerpunkt war die Arbeit an einer eigenen JuPhi Pressemitteilung zur Modellrechnung des Kultusministeriums über den Lehrerberuf von 2020 bis 2030, die die Zumeldung des Philologenverbands Baden-Württemberg zu dieser Pressemitteilung verstärken soll. Hieraus folgen ein paar zentrale Forderungen:

- Ein kontinuierlicher Einstellungskorridor;
- die Herabsetzung des Klassenteilers auf 28 oder weniger Schüler;
- die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung von 25 auf 23 Deputatsstunden;
- die Rückgabe der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben;
- eine 110 Prozent Krankheitsreserve.

Für die Kollegen in den ersten Berufsjahren wurde ein Abschnitt einer Broschüre mit hilfreichen Tipps und Tricks im



Lehrerberuf (auf dem Weg zur Verbeamtung), welche im kommenden Schuljahr wieder aufgelegt werden soll, neu überarbeitet und überdacht. Hierbei schließt sich der Kreis von den JuPhi zu den Pensionären in unserem Verband, denn diese beiden 'Randgruppen' engagieren sich jeweils bei der Arbeit an dieser Broschüre. Jahrelange Erfahrung gepaart mit 'jungen' Ideen und neuem Schwung sollen dieser ein neues Kleid verpassen.

Das nächste Treffen der JuPhi findet am **Samstag, dem 20. Juli von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr** in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart statt. Anmeldungen oder Rückfragen bitte an: martina.scherer@phv-nordbaden.de.

Martina Scherer

Mit Pippi Langstrumpf ins Bewerbungsgespräch

Carmen Reuter coacht Referendare in Freiburg

'So präsentiere ich mich erfolgreich für meinen Beruf!' lautete das Motto des Seminars am 26. Januar 2019 im Freiburger Rotteck-Gymnasium.

Zwei Referendare und eine Referendarin konnten sich intensiv einen Tag lang unter Anleitung der Trainerin Carmen Reuter aus Karlsruhe auf Bewerbungsgespräche für ausgeschriebene Schulstellen vorbereiten. Die Auseinandersetzung mit den eigenen Stärken und Schwächen, mit der Motivation für den Lehrberuf und der Wirkung von Körpersprache diente dazu, den Referendaren die nötige innere Sicherheit für die Gesprächssituation mitzugeben. Für praktische Fragen zum Ablauf des Bewerbungsverfahrens und der Bewerbungsgespräche stand darüber hinaus am Nachmittag noch Ruth Schmidt zur Verfügung, ehemals Mitglied im BPR Freiburg. Zu der Veranstaltung eingeladen hatte Stephanie Gutsell als Vorsitzende der Jungen Philologen Südbaden.

Waren Bewerbungsgespräche für angehende Lehrer früher eher ein Fremdwort, sind die Ausschreibungen der Schulen heute immerhin eine Möglichkeit, sich schon vor den Sommerferien die Weiterbeschäftigung in Zeiten knapper werdender Stellen zu sichern. Dass letztendlich nur drei Referendare das Angebot nutzten, sich auf diese weitere Prüfungssituation vorzubereiten, erscheint unter diesen Umständen zunächst überraschend, war möglicherweise aber dem Veranstaltungstermin innerhalb des ersten Lehrprobenzeitraums und dem andauernden Zeitdruck im Referendariat geschuldet.

Sich in einem Bewerbungsgespräch gut 'verkaufen' zu müssen, ist ein Gedanke, der bei vielen erst einmal innere Abwehr hervorruft. Umso wichtiger war es Carmen Reuter, den Seminarteilnehmern mitzugeben, dass es



Bilder: Bettina Hölscher

>> Carmen Reuter arbeitet mit den Referendaren zu Selbst- und Fremdwahrnehmung

nicht darum geht, sich zu verstellen, sondern sich authentisch und selbstsicher zu präsentieren. Die wesentliche Voraussetzung dafür ist, sich über seine Stärken und Schwächen im Klaren zu sein. Diesem Punkt wurde deshalb im Seminar mit angeleiteten Selbstanalysen und Feedbackrunden viel Raum gegeben. Weiterhin ermunterte Carmen Reuter die Referendare dazu, noch einmal intensiv über ihr Selbstbild als Lehrer und die Frage »Warum möchte ich Lehrer sein?« nachzudenken. »Wer das für sich geklärt hat, kann auch auf alle anderen Fragen des Gesprächs eine Antwort finden«, meint Carmen Reuter. Die Referendare waren trotzdem dankbar, als am Nachmittag Ruth Schmidt aus ihrem reichhaltigen Erfahrungsschatz ganz konkrete Ratschläge für das Bewerbungsgespräch gab, angefangen von Fragen nach den Inhalten der Bewerbermappe bis hin zum Verhalten beim Schulrundgang.

Ein besonders wichtiger Punkt ist für Carmen Reuter die Rolle der Körpersprache. Dazu gab es zum Abschluss des Tages simulierte Bewerbungsgespräche, bei denen es vor allem darum ging, die Stimmigkeit zwischen Gestik, Mimik und Inhalt des Gesagten zu beobachten. Die Körperhaltung beeinflusst aber nicht nur, wie jemand von Außenstehenden wahrgenommen wird, sondern wirkt sich auch direkt auf die Selbstwahrnehmung



>> Ruth Schmidt beantwortet praktische Fragen

aus. Dies lässt sich für Prüfungssituationen ebenfalls gewinnbringend nutzen. Carmen Reuter bezieht sich dabei auf Studien der amerikanischen Sozialpsychologin Amy Cuddy, die in Untersuchungen nachgewiesen hat, dass bestimmte 'Power Poses' den Spiegel des Stresshormons Cortisol im Blut senken können. Als Beispiel für eine solche 'Power Pose' hat Carmen Reuter mit den Referendaren die 'Pippi Langstrumpf'-Haltung geübt: Beine fest am Boden, Hände in den Hüften, offener Blick und ein selbstbewusstes Grinsen im Gesicht. Nicht, dass Bewerber diese Haltung während des Gesprächs einnehmen sollten, aber dies vorab zwei Minuten lang unbeobachtet zu tun, führe zu einem Absinken des Cortisol-Spiegels, was bedeute, besser denken zu können, sich souveräner zu fühlen und präsenter zu wirken. Dann könnten die Bewerber mit dem Gedanken »Ich traue mir zu, dass ich das schaffe!« ins Gespräch gehen. Eine Teilnehmerin betonte am Ende des Seminars, dass ihr diese Ich-Stärkung nach den im Referendariat durchgegangenen Selbstzweifeln besonders gut getan habe. Und die 'Pippi Langstrumpf'-Haltung hilft bestimmt auch vor Lehrproben.

HL



>> Die Teilnehmer des Bewerbertrainings mit der Referentin Brigitte Röder und den JuPhi Anne Käßbohrer und Pascal Maucher

Bewerbertraining der JuPhi Südwürttemberg

Am 30. Dezember 2018 fand am Kreisgymnasium in Riedlingen das Bewerbertraining der Jungen Philologen Südwürttemberg statt. Nachdem die bisherigen Bewerbertrainings in Ulm stattgefunden hatten, wurde in diesem Jahr ein südlicherer Veranstaltungsort für die Referendare ausgewählt. Bei der Referentin setzten die Jungen Philologen jedoch auf Kontinuität und engagierten wieder die ehemalige Schulleiterin des Kepler-Gymnasiums, Brigitte Röder, die mit ihrem gewohnt amüsanten und kompetenten Vortrag die Referendare über Anforderungen und Probleme bei Bewerbungsgesprächen informierte. Wichtige Informationen gab es zudem zur Einstellungssituation, zu den Stellenausschreibungen im ländlichen Raum, zum Hauptausschreibungsverfahren sowie zu den schulbezogenen Ausschreibungen im Nachrückverfahren. Wie kann

man sich auf der Landesliste bewerben und welche Formalien muss man dabei beachten? Aufgrund der angespannten Stellensituation im Gymnasialbereich war gerade die Einstellungssituation ein Thema, das den Referendaren große Sorgen bereitet. Im Anschluss an die Stellendiskussion gab es eine Aufforderung an die Referendare, sich Fragen grundsätzlicher Art zu stellen. An welche Schulart will ich wirklich? Wohin passe ich und wo kann ich glücklich werden? Soll ich mich für das berufliche Gymnasium, die Grundschule, die Gemeinschaftsschule, die Realschule oder an einer privaten Schule bewerben? Referendare am Gymnasium können sich heutzutage an all diesen Schularten bewerben, was ihre Situation natürlich komplex gestaltet. Aufgrund der schlechten Einstellungschancen in ganz Baden-Württemberg hatten die Teilnehmer bei diesem Thema die

meisten Fragen. Danach gab es von der Referentin noch Tipps für die Zeit vor einem Bewerbungsgespräch. Wie kann man sich vorbereiten und was sollte man bei der schriftlichen Bewerbung beachten. Anschließend simulierte Brigitte Röder ein solches Bewerbungsgespräch und zeigte auf, wie sie mit wenigen Fragen viele Informationen zur jeweiligen Lehrerpersönlichkeit und den persönlichen Einstellungen der Bewerber in Erfahrung bringen kann. Am Ende wurde das Gespräch in der Gruppe reflektiert und besprochen. Alle Teilnehmer waren sich abschließend einig, dass sie wichtige Informationen erhalten hatten und sich nun gut auf ein anstehendes Bewerbungsgespräch vorbereiten können. Ein großes Dankeschön gilt noch Brigitte Röder, die dem PhV BW auch im Ruhestand weiterhin mit Rat und Tat zur Seite steht.

Pascal Maucher

Bildungspolitische Tour d'Horizon mit Oberkirchenrat Dr. Norbert Lurz



>> Oberkirchenrat Dr. Norbert Lurz, Ralf Schöll (Vorsitzender des PhV BW) sowie Steffen Kottmann (Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle des PhV BW)

Zu einem Austausch mit dem Bildungsdezernenten der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Oberkirchenrat Dr. Norbert Lurz, traf sich Ralf Schöll am 18. Januar 2019 in der PhV-Landesgeschäftsstelle. In dem rund neunzigminütigen Gespräch wurden vielfältige aktuelle Themen wie die Zukunft der gymnasialen Bildung, das Qualitätskonzept des Kultusministeriums, die neue Oberstufe an Gymnasien, der Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule, die Diskussion um G8/G9, der Religions-, Ethik- und Islamunterricht, der Ausbau des Ganz-

tagsangebots, die Bildungspläne, die Unterrichtsversorgung und die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte erörtert. Ralf Schöll und Dr. Norbert Lurz bewerteten den Austausch als sehr konstruktiv und bereichernd. Sie vereinbarten, den Dialog zwischen Evangelischer Landeskirche und dem Philologenverband Baden-Württemberg kontinuierlich fortzusetzen und zu vertiefen.

Dr. Norbert Lurz leitet seit August 2018 als Nachfolger von Werner Baur das Dezernat 'Kirche und Bildung' der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, das sich um alle Fragen kirchlicher Bildung kümmert.

April, April?

Die Distribution der Abituraufgaben – kein Aprilscherz!



von Anne Kiehn

Das Abitur in Baden-Württemberg genießt bisher einen guten Ruf. Nicht zu Unrecht, denn es gilt von den Anforderungen her als anspruchsvoll, und in kaum einem anderen Bundesland läuft die Organisation so gewissenhaft und gründlich ab wie im Ländle. Kamen die Aufgaben für die schriftlichen Prüfungen bisher zuverlässig und pünktlich vom Kultusministerium an die Schulen geliefert, sollen jetzt nur noch USB-Sticks kommen, die am Prüfungstag ab 6:00 Uhr von der Schulleitung mit einem erst dann verteilten Passwort geöffnet werden können. Danach werden die Aufgaben an den Schulen kopiert, und zwar in den jeweils vorgeschriebenen unterschiedlichen Farben, und geheftet. Als diese Nachricht kam, musste ich mich erst einmal vergewissern, dass es nicht der erste April war.

Die Forderung des Philologenverbandes, diese Maßnahme zu verschieben, bis bessere Kopierer angeschafft wurden, die dieser Aufgabe gewachsen sind, kann ich nicht unterstützen, denn damit ist es längst nicht getan. Zwar gönne ich jeder Schule, die auf diese Weise endlich einen besseren oder gar einen zweiten Kopierer bekommt, das neue Gerät, aber das Abitur wird damit nicht besser. Schon jetzt herrscht in der Abiturzeit höchste Anspannung in der Schule. Alle Verantwortlichen kümmern sich mit höchster Konzentration darum, dass alles zur rechten Zeit am rechten Ort

ist. Die betroffenen Lehrkräfte kommen bereits jetzt oft um 6:00 Uhr, spätestens aber um 7:00 Uhr in die Schule, um die Aufgaben zu sichten, damit eventuell vorhandene, bisher übersehene Fehler noch gemeldet und korrigiert werden können. Bis zum Beginn der Prüfung dürfen sie das Zimmer der Schulleitung nicht verlassen, damit wirklich gar nichts nach außen dringt. Die Zeit vergeht dabei jetzt schon, auch ohne das Kopieren der Aufgaben, wie im Fluge.

Zwar soll das Abitur nun eine halbe Stunde später anfangen, aber reicht das? Wenn alles gut geht, ja. Wenn...! Denn wer von uns hat es noch nicht erlebt, dass die Technik nicht funktioniert? Oft genug fällt das

Internet aus, noch häufiger aber sind Kopierer nicht funktionsfähig, wir alle erleben die diversen Störungen regelmäßig. In solchen

Situationen, an einem Tag mit ohnehin hoher Anspannung, kommt es zu erhöhtem Stress und die Fehlerquote steigt. Was, wenn später Aufgabenblätter fehlen? Wenn versehentlich der Erwartungshorizont mit kopiert wurde? Wenn versehentlich Blätter am Kopierer liegen bleiben? Das Abitur kann juristisch angefochten werden, wenn irgendwo ein Fehler begangen wird! Die Verantwortung ist hoch, der Druck auf den Verantwortlichen entsprechend. Wichtige Aufgaben sind rechtzeitig und in Ruhe zu erledigen. Aus gutem Grund bringen wir unseren Schülerinnen und Schülern bei (oder versuchen es zumindest), ihre Schultasche am Vorabend zu packen, damit am nächsten Tag wirklich alles da ist, und ausgerechnet bei der wichtigsten Prüfung, die wir in unserem Schulsystem haben, soll eine entscheidende Aufgabe mal eben kurz vor knapp erledigt werden? Last Minute-Abitur – nein danke!



Bild: paketesama/AdobeStock



Die aktualisierte Ausgabe 2019 enthält neben Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften juristische Kommentare unter anderem zu den Themen Aufsichtspflicht, Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, Haftung und Schadensersatz, Leistungsmessung und Notengebung.

PhV-Mitglieder, die sich nicht an einer Sammelbestellung beteiligen konnten, können das Rechtshandbuch als CD oder in Buchform mit nachstehendem Coupon oder per E-Mail bei der Landesgeschäftsstelle bestellen.

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich als PhV-Mitglied das Handbuch **Schul- und Beamtenrecht**

als Buch als CD (bitte ankreuzen)

Vorname

Nachname

Straße Hausnummer

PLZ Wohnort

Mitgliedsnummer (falls zur Hand)

Datum Unterschrift

Einigkeit in der Uneinigkeit

Abschlüsse an der Gemeinschaftsschule sind nicht klar geregelt

»Mit dem Schuljahr 2012/2013 sind die ersten 41 Gemeinschaftsschulen an den Start gegangen. Seither entwickelt sich die neue Schulart zum Erfolgsmodell.«¹ Ein Erfolgsmodell ohne klare Abschlussregelungen, wie sich nun herausstellt. Man fragt sich, nach welchen Regelungen die Starterschulen ihren Abschluss bisher bestritten haben.



von OStR Tristan Wiedemann
M.A.

len trotz des Vetos und mangelhafter Leistungen auf dem Mittleren Niveau die Mittlere Reife als Abschlussziel.

Daraus ergibt sich für die Schulen in der Praxis folgende missliche Lage:

Das Hauptproblem besteht in der Zulassung zur Prüfung der Mittleren Reife in Klasse 10. Da es in der Gemeinschaftsschule bekanntlich keine Noten und dementsprechend auch keine 'Nichtversetzung' gibt und die Eltern bzw. Schülerinnen und Schüler ihren Abschluss frei wählen dürfen, kam es zu Unsicherheiten bei einigen Schulleitungen. Tatsache ist, dass an vielen verschiedenen Standorten Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer Leistungen die neunte Klasse auf dem Grundlegenden Niveau (sprich Hauptschulniveau) nicht bestanden haben, sich nun für die Mittlere Reife entscheiden. Längst hat sich die Praxis des Zurücklehrens und Wartens auf den fast sicheren Realschulabschluss ohne großen Lernaufwand in der Eltern- und Schülerschaft herumgesprochen. Doch weiterhin spricht man in der Politik von einem Erfolgsmodell.

Die Schulleiterinnen und Schulleiter wandten sich nun an das Staatliche Schulamt und hofften auf Unterstützung im Wirrwarr der Verordnungen.

In der Realschulprüfungsordnung ist zu lesen, dass zur Realschulabschlussprüfung zugelassen ist, wer die zehnte Klasse einer Realschule besucht. Ebenso ist zu entnehmen, dass alle Schülerinnen und Schüler einer Realschule der zehnten Klasse auch die Versetzung nach der Realschulno-

Unklarheit herrscht an einigen Schulstandorten im Bezirk des Staatlichen Schulamtes Biberach über die Regelungen der Abschlüsse an Gemeinschaftsschulen. Schulleiterinnen und Schulleiter wandten sich über den Dienstweg an die Verwaltung. Die Antwort folgte bald und trug vor allem eines zu Tage, nämlich die Einigkeit in der Uneinigkeit.

Denn derzeit existiert an den Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg ein Verfahren der Abschlussempfehlungen, das zwar klar bürokratisch geregelt, jedoch unverbindlich für Schülerinnen und Schüler sowie die Elternschaft ist.

Die Lehrkräfte, auch LernbegleiterInnen genannt, sprechen in der achten Klasse und ebenso nochmalig in der neunten Klasse aufgrund der erbrachten Leistungen auf den verschiedenen Lernniveaus der Schülerinnen und Schüler eine unverbindliche Abschlussempfehlung aus. Darin wird der Hauptschulabschluss nach Klasse 9 oder 10, die Mittlere Reife nach Klasse 10 oder ein Übergang in die gymnasiale Oberstufe empfohlen. Die Eltern entscheiden nach einer Beratung über das Einverständnis und legen den Weg ihrer Kinder daraufhin fest. Nicht selten stimmen diese gegen die Beratung der Lehrkräfte und wäh-

DKMS
WIR BESIEGEN BLUTKREBS

MUND AUF.
STÄBCHEN REIN.
SPENDER SEIN.

Werde
Stammzellspender
und registrier' Dich

SPENDER WERDEN



Gymnasium
BADEN-WÜRTTEMBERG

Anzeigenannahme unter
02 11 / 355 81 04 oder
dassow@dphv-verlag.de



tenverordnung geschafft haben müssen. In der Gemeinschaftsschule gibt es keine offizielle Versetzung nach Klasse 10, sondern nach der neunten Klasse einen Automatismus, der die Schülerinnen und Schüler in die zehnte Klasse versetzt.

Klar scheint geregelt zu sein, dass die Schülerinnen und Schüler einen dem Hauptschulabschluss entsprechenden Abschluss erreicht haben, wenn sie nach der Realschulversetzungsordnung auf dem Mittleren Niveau (Realschulniveau) die Versetzung nach Klasse 10 geschafft haben.

Weiterhin bleibt für die Schulleitungen unklar, ob Schülerinnen und Schüler, die mit dem Mittleren Niveau überfordert sind, zur Realschulprüfung zugelassen sind oder den Hauptschulabschluss nach Klasse 10 absolvieren müssen.

Mit diesen Fragen wandten sich einige Standorte an das örtliche Staatliche Schulamt. Fraglich ist es an dieser Stelle, welche Regelungen die anderen Schulen bislang für sich selbst gefunden hatten.

Die Rückmeldungen des Schulamtes und des Regierungspräsidiums folgten prompt:

- *An der Gemeinschaftsschule gibt es in den Abschlussklassen 9 nach 10 bzw. 10 nach 11 eine fiktive Versetzungsentscheidung. Das bedeutet konkret, dass im jeweiligen Abschlussjahr die allgemeinen Regelungen ohne Einschränkungen gelten, d.h. die Notenversetzungsordnung sowie die jeweiligen Prüfungsordnungen.*
- *Die Voraussetzung zum Ablegen der RS-Abschlussprüfung ist, dass ein dem HS-Abschluss gleichwertiger*

er Bildungsstand bestätigt wird. Dies kann jedoch nur erreicht werden, wenn der Schüler in Klasse 9 auf dem M- oder E-Niveau in allen Fächern seine Leistungen erbracht hat. Sollte der Schüler lediglich auf dem G-Niveau seine Leistungen in Klasse 9 erbracht haben, greift die Multilaterale Versetzungsordnung von 9 nach 10.

- *Erfüllt der Schüler die Voraussetzungen eines dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsstands nicht, kann er nicht zur RS-Abschlussprüfung zugelassen werden.*

Für alle Beteiligten wäre dies ein transparentes und sinnvolles Verfahren, das gut in die Praxis übertragen werden könnte.

Dem Referat 'Gemeinschaftsschulen' des Philologenverbandes lag jedoch eine ganz andere Rückmeldung von Seiten des Kultusministeriums selbst vor:

- *Die Gemeinschaftsschule kennt keine Versetzungsentscheidung im förmlichen Sinn. Die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern entscheiden in den Klassenstufen 8 bzw. 9, welcher Bildungsabschluss angestrebt werden soll.*
- *Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss in Klasse 9 bestanden haben, können **ohne Notenhürde** in Klasse 10 den Realschulabschluss anstreben.*
- *Schülerinnen und Schüler, die in Klasse 9 keine Hauptschulabschlussprüfung absolviert haben und aufgrund ihrer Leistungen nach der Realschulversetzungsordnung fiktiv nicht nach Klasse 10 versetzt würden, erhalten auch keinen dem Hauptschulabschluss entsprechenden Bildungsabschluss. Diese Schülerinnen und Schüler gelangen dennoch in Klasse 10 und können die Prüfung zur Mittleren Reife trotz nachgewiesener Überforderung auf dem Mittleren Niveau antreten. Der Elternwille zählt!*
- *In Fällen, in denen Schülerinnen und Schüler, die **in Klasse 10** den Realschulabschluss oder die Versetzung auf erweitertem Niveau nach der Versetzungsordnung der Gymnasien nicht bestehen, **muss die***

Lerngruppenkonferenz die Möglichkeit prüfen, ob der Schüler oder die Schülerin mit den Leistungsnachweisen auf dem mittleren oder erweiterten Niveau (ausgewiesen in der neunten Klasse) nach der Realschulversetzungsordnung oder der Versetzungsordnung der Gymnasien theoretisch versetzt werden würde.

- *Einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand würde der betreffende Schüler dann erwerben, wenn er in Klasse 9 durchgängig in allen Fächern und Fächerverbänden seine Leistungen nach den Bildungsstandards der Realschule oder des Gymnasiums erbracht hätte und nach der entsprechenden Versetzungsordnung nach Klasse 10 versetzt werden könnte.*

Im Klartext: Schülerinnen und Schüler, die die neunte Klasse nach der Realschulversetzungsordnung nicht bestehen, können trotzdem in Klasse 10 die Prüfung zur Mittleren Reife antreten. Sollte diese nicht bestanden werden, entscheidet die Klassenkonferenz darüber, ob der Schüler oder die Schülerin einen dem Hauptschulabschluss entsprechenden Bildungsabschluss erwerben kann.

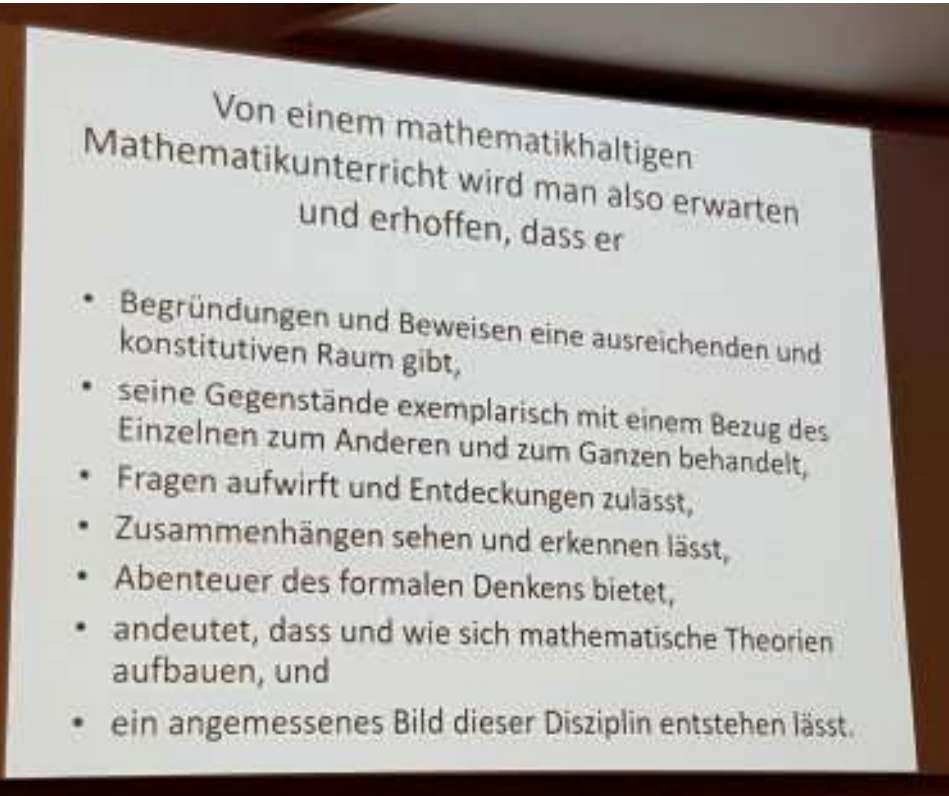
Unterschiedlicher könnten die Aussagen des Schulamtes und des Kultusministeriums nicht sein. Es scheint, als wisse die eine Hand nicht, was die andere tut. Fiktive Versetzung an der Orientierung der Notenverordnung oder Freikarte nach Klasse 10 und zur Mittleren Reife?

Einigkeit in der Uneinigkeit beim 'Erfolgsmodell' Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg. Das Motto scheint zu lauten: Jeder darf mal ran an die Mittlere Reife!

Die Vernetzungstreffen des Referats Gemeinschaftsschule bestätigen die unterschiedliche Handhabung der Abschlüsse an den verschiedenen Standorten. Bildung und Qualitätssicherung wird variabel und die Bildungslandschaft Baden-Württembergs gleichsam zum bunten Gemisch von Bildungsqualifikationen.

¹ <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/bw-gestalten/schlaues-baden-wuerttemberg/schule/> (abgerufen am 9. Februar 2019)

Fehlorientierter Mathematikunterricht?



Rechentechnik **und** Anwendungen Raum schafft.

In diesem Zusammenhang reflektierte er kritisch die Entwicklung im Bereich der Curricula. Heute kennen wir 'Leitideen', 'Kompetenzen' und 'Anforderungsbereiche'. In seiner humorvollen Art forderte er beispielsweise auf, ihm eine Aufgabe zur Leitidee L3, Kompetenz K2 auf Anforderungsniveau III zu nennen.

Seine Botschaft ist dagegen, mit gesundem Menschenverstand auf den Unterricht zu schauen, der in vielfältiger Weise 'Mathematik' enthalten sollte. Rechnen genauso wie Begründen, Veranschaulichen genauso wie Interpretieren. Und vor allem dürften die Inhalte nicht aus dem Blick geraten! »Die Kompetenzen haben die Inhalte verblassen lassen!«

Außerdem kritisierte Prof. Jahnke die 'Testorientierung' der letzten zwanzig Jahre. Damit einher gehend beklagte er die Niveaubabsenkung durch die Setzung von Standards, die das Ergebnis in den Tests im Blick hätten, statt Diversität zuzulassen.

Sein Credo ist:

Kompetenzen ja -

Kompetenzorientierung nein.

Anwendungen ja -

Anwendungsorientierung nein.

Mit dem Satz »Der Kern der Schule ist der Lehrer!« schloss Prof. Jahnke seinen mit viel Beifall bedachten Vortrag.



von Alex Epp
Mitglied im Bezirksvorstand
Nordwürttemberg

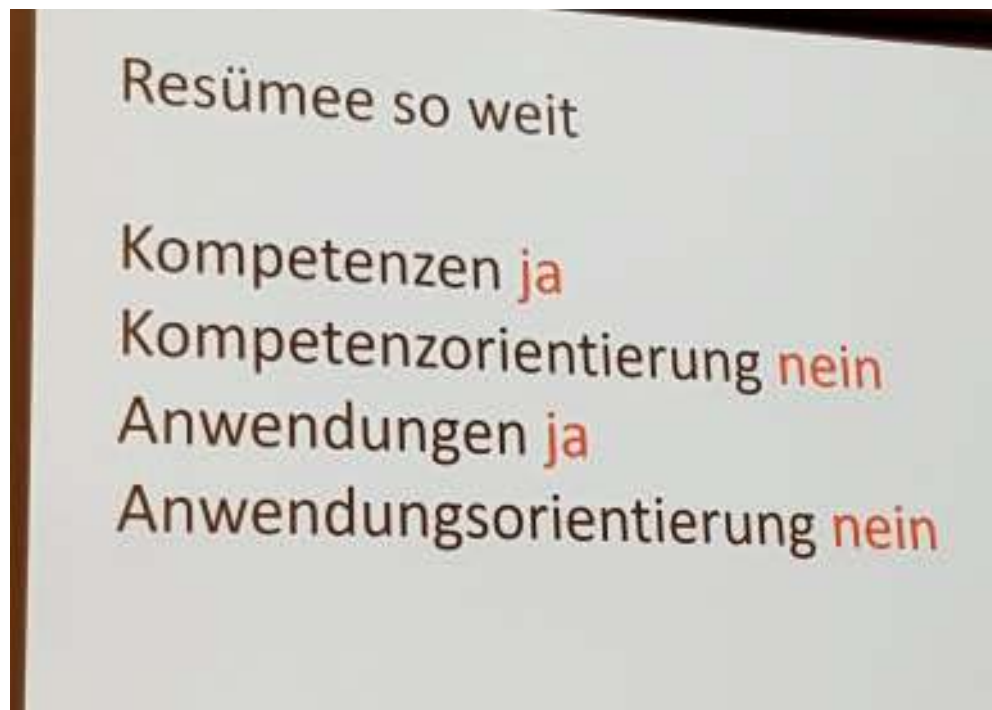
ten Mathematikunterricht ausmachen. Wer nun aber dachte, in den folgenden neunzig Minuten käme ein ideologisch geprägter Rundumschlag gegen die Erlernung grundlegender Rechenverfahren und für 'schülerorientierte' Alltagsaufgaben, wurde aufs Angenehmste überrascht.

Es wurde deutlich, dass Prof. Jahnke für einen wieder mathemathikhaltigeren Unterricht plädiert, der pragmatisch und notwendigerweise für

Am 11. Januar 2019 wurde an der Universität Stuttgart im Rahmen der Vortragsreihe 'Mathematik und Physik zwischen Schule und Hochschule' der Vortrag 'Fehl-orientierter Mathematikunterricht?' gehalten. Prof. em. Dr. Thomas Jahnke von der Universität Potsdam referierte über die Orientierungen des Mathematikunterrichts auf Kompetenzen, Anwendungen und Tests.

Trotz des Termins am Freitagnachmittag um 16:00 Uhr war der Hörsaal gut gefüllt.

Prof. Jahnke begann seinen Vortrag mit dem Blick auf eine typische Aufgabenseite in einem Schulbuch, die von Berechnungen bei Termen dominiert war. Das allein könne keinen gu-



Fridays for Future

Angefangen hat alles mit ihr, der inzwischen sechzehnjährigen Greta Thunberg aus Schweden. Am 20. August letzten Jahres protestierte sie zum ersten Mal vor dem Reichstag in Stockholm. 'Skolstrejk för Klimatet' stand auf ihrem Plakat.

Seit dem engagierten Auftreten von Felix Finkbeiner wissen wir alle, was ein einzelner junger Mensch bewirken kann. Mit seiner Initiative Plant-for-the-Planet hat er weltweit für die Wiederaufforstung von fünfzehn Milliarden Bäumen gesorgt. Entstanden ist sein Verein durch ein Schulreferat.

2015 war im Klimavertrag von Paris vereinbart worden, den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Doch 2018 zeigte sich, dass nur 16 der 197 Länder, die das Abkommen unterzeichnet haben, ihre Zusagen tatsächlich auch erfüllen können. Diese Länder sind: Algerien, Äthiopien, Costa Rica, Guatemala, Indonesien, Japan, Kanada, Mazedonien, Malaysia, Montenegro, Norwegen, Papua-Neuguinea, Peru, Samoa, Singapur und Tonga.

Greta hielt auf der UN-Klimakonferenz im polnischen Kattowitz und beim Weltwirtschaftsforum in Davos Reden. Sie ist der Meinung, dass der Klimawandel die Zukunft der Jugend massiv bedrohe und dass es höchste Zeit sei, dagegen zu protestieren.

»Warum sollten wir für eine Zukunft lernen, die nicht sicher ist«, sagt Greta in einem Twitter-Video. Inzwischen ist sie längst nicht mehr allein und polarisiert. Neben vielen Sympathiebekundungen, vor allem in den Social Media, bekommt die Sechzehnjährige aber auch Kritik, Spott, Verunglimpfungen und Drohungen.

Unter dem Motto 'Fridays for Future' demonstrieren in Deutschland seit Wochen immer mehr Schüler freitags während der Unterrichtszeit für eine andere Klimapolitik.

Die 22-jährige Luisa-Marie Neubauer studiert in Göttingen Geografie und ist eine der Hauptorganisatorinnen des Schulstreiks 'Fridays for Future' in Deutschland. Sie setzt sich für einen Kohleausstieg bis 2030 und eine Klimapolitik ein, die mit dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbar ist.

Mit Sprüchen wie »Wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut.« gehen auch in Baden-Württemberg Jugendliche auf die Straße. Laut Südkurier gibt es Mitte Februar 25 aktive Ortsgruppen der 'Fridays for Future'-Bewegung.



Am 15. März 2019 fanden weltweit Aktionen statt. In Deutschland gingen etwa 300 000 junge Menschen auf die Straße.

Streik in der Unterrichtszeit

Als Beamte sind Lehrerinnen und Lehrer ihrem Dienstherrn und dem Schulgesetz ihres Bundeslandes verpflichtet. Es herrscht Schulpflicht – keine Frage! Trotzdem ist jeder auch noch Pädagoge, Fachlehrer und Mensch.

Laut der Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2015 zeigen immer mehr Jugendliche politisches Interesse und damit auch Bereitschaft zur eigenen Beteiligung an politischen Aktivitäten. Allerdings haben die Jugendlichen wenig Vertrauen in die

Parteien. Damals schien der Optimismus der Jugendlichen in Deutschland ungebrochen, blickten doch 61 Prozent optimistisch in die eigene Zukunft. Gilt das auch heute noch?

An einer bayerischen Schule in Daglfing kommen Schüler seit Wochen freiwillig früher, um Eltern daran zu hindern, ihre Kinder mit dem Elterntaxi zur Schule zu bringen. Sie gehen mit gutem Beispiel voran und nehmen jeden Tag eine Stunde Zeitverlust in Kauf, um mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schule zu kommen. Ihr Protest hat mit einer Straßensperre begonnen; ihnen drohte eine Anzeige, einzelne Elternteile beschimpften die Schülerinnen und Schüler. Inzwischen melden diese ihren Protest an, werden von der Polizei


beaufsichtigt und stehen mit ihren Plakaten auf dem Gehsteig. Da sie nicht mehr behindert werden, begrüßen nun auch diejenigen unter den Eltern, die zuerst Beschimpfungen von sich gaben, den Schülerprotest. Dieses Beispiel zeigt eines sehr deutlich: Damit sich etwas ändert, bedarf es vielleicht des zivilen Ungehorsams. Was Schüler und Studenten in ihrer Freizeit machen, interessiert nämlich die Wenigsten.

Inzwischen haben sich die 'Parents for Future' formiert, eine 'Gruppe von Eltern und anderen Erwachsenen', die die Jugendbewegung unterstützt. Eines ihrer Anliegen ist, dass Kinder und Jugendliche während ihrer Schulzeit für den Klimaschutz demonstrieren dürfen.

Viele Lehrerinnen und Lehrer sind an ihren Schulen aktiv: Sie informieren über den Klimawandel, diskutieren in ihrem Fachunterricht und führen seit Jahren mit ihren Schülerinnen und Schülern Projekte zum Klimaschutz durch. Das sind kleine wichtige Schritte.

Unsere Schüler und Studierenden können aber mit ihrem Protest vielleicht den Wandel in der Klimapolitik herbeiführen. Es geht um ihre Zukunft. So funktioniert Demokratie.

Sabine Grobe



Qualitätskonzept

Das neue Qualitätskonzept für das Bildungssystem in Baden-Württemberg

Am 13. Januar hat der Landtag das neue Qualitätskonzept von Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann beschlossen. Es wird am 1. März in Kraft treten. Ab diesem Zeitpunkt werden die beiden neuen Institute, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) mit der Zentrale in Leinfelden-Echterdingen und das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) mit Sitz im ehemaligen LS ihre Arbeit aufnehmen.

Das ZSL wird von Dr. Thomas Riecke-Baulecke, bisheriger Leiter des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein geleitet, das IBBW von Dr. Günter Klein.

Das IBBW versteht sich als Partner für die Schulen und Schulaufsicht, indem es eine verlässliche Datengrundlage zur Verfügung stellen wird. Daraus sollen passgenaue Angebote und Unterstützungssysteme für die Schulen entwickelt werden. Letzteres wird Aufgabe des ZSL und seiner Regionalstellen sein.

Die Regionalstellen des ZSL werden sich in Stuttgart, Schwäbisch Gmünd, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Tübingen befinden. Ihre Aufgabe ist es, allen Schulen als Dienstleister in der Region zur Verfügung zu stehen. Dazu wird es an jedem Standort eine Leitstelle für pädagogische Unterstützung geben, die als Kontaktstelle für Anliegen der Schulen dienen soll. Dieser Service soll voraussichtlich ab dem neuen Schuljahr zur Verfügung stehen.

Der gesamte Übergangsprozess für die zwei Institute soll sich bis Mitte Mai erstrecken. Bis dahin muss für viele pädagogisch und psychologisch tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter geklärt werden, wo sie zukünftig tätig sein werden.

Ziel dieser großen Umstrukturierung ist laut Frau Eisenmann, die Leistungsfähigkeit und Qualität des Bildungssystems in Baden-Württemberg dauerhaft zu stärken und zu verbessern. **E.J.**

Grundlage des Artikels ist die Pressemitteilung Nr. 13/2019 des Kultusministeriums

Ein Kommentar von Evelyn Kapahnke

Das neue Qualitätskonzept für das Bildungssystem in Baden-Württemberg

Nachdem Dr. Susanne Eisenmann die Fremdevaluationen einstellte, atmeten viel Lehrkräfte vorerst auf, denn die Ergebnisse dieser Qualitätsmessungen von Schule und Unterricht liefen oft genug am Schulalltag vorbei. Nun erwartet uns also ein neues Konzept.

Die Evaluationen sollen also wieder starten, nun begleitet von zwei neu geschaffenen Institutionen, deren Daseinsberechtigung sich erst noch beweisen muss.

Für uns Lehrkräfte dürfte zumindest das Versprechen besserer Fortbildungen interessant sein. Vielleicht wird der Traum nach reinen Inputfortbildungen doch noch wahr. Nichts ist doch schlimmer als während einer Fortbildung im eigenen Saft zu schmoren, wenn in Kleingruppen Unterrichtsinhalte etc. (je nach Thema) erarbeitet werden sollen. Auch die Fortbildner haben aktuell eine schwierige Zeit, da sie nicht genau wissen, ob ihre Stelle möglicherweise in eines der neu geschaffenen Institute abgetreten wird. Damit würde Fortbildung wieder einmal neu erfunden und noch ein Stück mehr von der Basis entfernt werden. Das wäre höchst bedauerlich.

Warum wurden wir Lehrkräfte eigentlich nicht nach unseren Bedürfnissen befragt? Möglicherweise ist es uns ein wichtiges Anliegen, guten Unterricht zu liefern. Wir möchten gerne unsere Schülerinnen und Schüler voranbringen. Schließlich ist das unser Beruf. Erstaunlicherweise wurde dazu jedoch nicht an den Schulen selbst nachgefragt. Die Professoren für Pädagogik wüssten, wie guter Unterricht laufe und wie dies im Schulalltag auszusehen habe. Schade daran ist nur, dass ein Professorenschreibtisch so gar nicht mit einem Klassenzimmer vergleichbar ist.

Seit März also greift das neue Konzept, welches die Leistungsfähigkeit und die Qualität des Bildungssystems verbessern soll. Viel Geld wurde darin investiert. Es bleibt abzuwarten, ob der neue Besen tatsächlich besser kehrt oder nur teuer ist.

Evelyn Kapahnke

Was tut der PhV BW für Schulleitungen?



von Cord Santelmann

Immer mal wieder werden wir gefragt, was denn der Verband für die Schulleitungen tue. Der Philologenverband sieht natürlich die zentrale Bedeutung der Schulleitungen für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und die Arbeitszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen. Deshalb hat der PhV immer wieder Verbesserungen, Ressourcen und mehr Unterstützung der Schulleiterinnen und Schulleiter öffentlichkeitswirksam eingefordert. Ein paar Beispiele der letzten Jahre:

Pressemitteilung des PhV BW von Juni 2007:

»Schulleiter auf Zeit« bringt Unruhe an die Schule und behindert Prozesse einer auf Kontinuität setzenden Schulentwicklung¹

Pressemitteilung des PhV BW von Mai 2014:

PhV BW bekräftigt die von den vier Direktorenvereinigungen beklagte Benachteiligung der Gymnasien²

Pressemitteilung des PhV BW von September 2018:

»PhV begrüßt im Grundsatz das Konzept der Kultusministerin zur Stärkung der Schulleitungen und fordert insbesondere:

- Erhöhung der Leitungszeit für gymnasiale Schulleiter
- Mehr AbteilungsleiterInnen-Stellen an den Gymnasien³

Pressemitteilung des PhV BW von Januar 2019:

»Umstellung bei der Verteilung der Abituraufgaben mindestens um ein Jahr zu verschieben – Zunächst Voraussetzungen an allen Schulen schaffen«⁴

Aber auch wenn der Philologenverband Baden-Württemberg sich für die Belange der Lehrkräfte einsetzt, bedeuten Erfolge in dieser Richtung direkt oder indirekt Unterstützung und

Entlastung der Schulleitungen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Verdopplung der **Etats der Schulen für Reisekosten** bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen – eine Forderung des PhV, die wenig später von der Landesregierung umgesetzt wurde: Nur wenn die Reisekostenerstattung gesichert ist, können Schulleitungen regelmäßig Lehrkräfte für die Organisation und Begleitung außerunterrichtlicher Veranstaltungen gewinnen.⁵

Dasselbe gilt für den PhV-Einsatz gegen die Verschlechterung der **Möglichkeit zur Vergütung von Mehrarbeitsunterricht**: Wenn der Verband die Verbesserung der Vergütung von Mehrarbeit erreichen sollte, würde das die Bereitschaft der Lehrkräfte erhöhen, Mehrarbeit zu leisten. Dies würde dann auch eine Erleichterung für die Schulleitungen darstellen, die ja die Sorge um den Unterrichtsausfall umtreibt. Hier hilft den Schulleitungen auch der Einsatz des Philologenverbandes für eine bessere **Unterrichtsversorgung**.⁶

Außerdem stärkt der Philologenverband Baden-Württemberg das **Profil der Gymnasien und der gymnasialen Bildung** durch seinen recht erfolgreichen Einsatz für die Eigenständigkeit des gymnasialen Bildungsplans, die Eigenständigkeit der universitären gymnasialen Lehrerbildung, den Erhalt des Bildungsniveaus an den Gymnasien usw. Diese Fragen waren in den letzten Jahren gelinde gesagt nicht unumstritten und es ist dem Verband gelungen, in einem sehr schwierigen bildungspolitischen Umfeld den Markenkern des Gymnasi-

ums zu erhalten. Dies sollte eigentlich auch im wohlverstandenen Interesse der gymnasialen Schulleiterinnen und Schulleiter sein.

Bei der Frage: »**Was tut der Verband für die Schulleitungen**«, drängt sich natürlich auch die Gegenfrage auf: »Was tun die Schulleitungen für den Verband?«, denn nur ein starker Verband kann sich wirksam für die Interessen aller am gymnasialen Bildungsgeschehen Beteiligten, also auch für die Schulleitungen, einsetzen.

Es wäre also wünschenswert, wenn möglichst viele gymnasiale Schulleiterinnen und Schulleiter, aber auch Mitglieder der erweiterten Schulleitung, den Verband unterstützen würden. Dies können sie tun, indem sie:

- den Verband durch ihre eigene **Mitgliedschaft** unterstützen,
- die **Verbandsmitgliedschaft der Kolleginnen und Kollegen** als positiv begreifen und würdigen,
- die **Verbandsarbeit konstruktiv, kritisch, aber grundsätzlich positiv begleiten**,
- die Anliegen der Schulleitungen **aktiv in die Diskussion der Verbandsorgane und des Landesvorstands einbringen**, gern auch durch die Übernahme eines Referats oder die Gründung eines Arbeitskreises 'Schulleitung' im Landesvorstand des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

Gemeinsam sind wir stark! Daran sollten Verband und Schulleitungen gemeinsam denken und arbeiten.

1 siehe: <https://www.phv-bw.de/joomla/2007b/189-pm-21-07>

2 siehe: <https://www.phv-bw.de/joomla/startseite/459-pm-05-14>

3 siehe: <https://www.phv-bw.de/joomla/presse-info/pressearchiv/204-2018/1913-zumeldung-des-philologenverbandes-baden-wuerttemberg-phv-bw-zur-pressemitteilung-des-kultusministeriums-nr-63-2018-ministerin-stellt-konzept-zur-staerkung-von-schulleitungen-vor>

4 siehe: <https://www.phv-bw.de/joomla/presse-info/pressearchiv/207-2019/1932-umstellung-bei-der-verteilung-der-abituraufgaben-mindestens-um-ein-jahr-zu-verschieben-zunaechst-voraussetzungen-an-allen-schulen-schaffen>

5 siehe: <https://www.phv-bw.de/joomla/presse-info/pressearchiv/204-2018/1923-pressemitteilung-des-philologenverbandes-baden-wuerttemberg-phv-bw-zur-anweisung-des-kultusministeriums-km-ausserunterrichtliche-veranstaltungen-ab-sofort-nur-noch-im-rahmen-der-vorhandenen-haushaltsmittel-zu-genehmigen>

6 vgl. <https://www.phv-bw.de/joomla/presse-info/pressearchiv/207-2019/1936-philologenverband-fordert-nachhaltige-einstellungspolitik-an-den-gymnasien-lehrer-brauchen-wieder-mehr-zeit-fuer-den-unterricht>



Ein Befund erreicht das Greisenalter:

Die sogenannte 'Bildungs- ungerechtigkeit'

Es ist Zeit, zur Kernthese zu kommen: Die Notengebung und das Curriculum an unseren Schulen begünstigt den Nachwuchs der bildungsnahen Schichten. Beides begünstigt die Plaudertaschen, erzieht zur gefälligen Kommunikation: In vielen Bundesländern zählt die mündliche Mitarbeit fünfzig Prozent und mehr bei der Notenfindung, handfeste und deshalb 'unterschichtgeeignete' Fächer werden zugunsten von weichen Laberfächern reduziert, wissensfreie Kompetenz wird beurteilt statt Wissen und Können, Unterrichtsformen werden durchgesetzt, die den Nachwuchs der Bildungsunterschicht bevorzugen (*selbständiges Lernen, offener Unterricht etc. statt 'direct teaching', vgl. Felten*).

Wer Bildungsgerechtigkeit will, muss für seinen eigenen Nachwuchs Bildungsnachteile akzeptieren, damit andere den Konkurrenzkampf besser bewältigen können. Wenn Du also möchtest, dass die Bildungsgerechtigkeit größer wird, musst Du für die Entkopplung von Einkommenshöhe und Bildungsabschluss kämpfen. Genauer: der Dachdeckermeister muss grundsätzlich besser bezahlt werden als der Professor. Ok – geht nicht. Also müssen wir mit Dilemmata in die

>> Glosse von Prof. Dr. Rainer Dollase



ser Frage leben. Wer die Armut in der Welt bekämpfen will, kann sein Gehalt ja spenden. Ok – das muss ja nicht sein – oder? Nächstes Jahr brauchen Sie ja endlich mal einen robusten, umweltfreundlichen Wagen, zum Beispiel einen ziemlich teuren aus Schweden ...

Was nun wiederum wie ein Beitrag zum polemischen Kabarett wirkt, ist eigentlich ein komplizierter Gedanken- und Erfahrungsweg. Einheitschulen, Ganztagschulen, individuelle Förderung, längeres gemeinsames Lernen – alle diese Maßnahmen erzeugen keine 'Bildungsgerechtigkeit' (der Begriff gehört eingemottet). Wollen wir immer wieder mit längst gescheiterten Strategien aufs Neue scheitern? Es ist Zeit, sämtliche Tabus zu brechen.

Die Ungerechtigkeit kann aus zwei Gründen resultieren

1. Bildung wird so definiert und in Lehrpläne umgesetzt, dass sie die Bildungsschicht bevorzugt und die 'Bildungsfernen' benachteiligt. Deshalb gibt es 'unten' welche, die sich für die Papier-Bleistift Spielchen und Laberrunden (= moderner Arbeitsblattunterricht :-)) der da 'oben' nicht interessieren. Das deutet der in seinen eigenen Wert verliebte Bildungsbürger als 'Bildungsversagen'. Ist es nicht. Menschen, die was anderes unter Bildung verstehen (zum Beispiel präsenten Wissen haben statt kennntnisunabhängige Kompetenzen erwerben) und die sich mit effektiven Handlungen am Fortbestand dieser Gesellschaft nachweislich beteiligen können, versagen bei einem Bildungsziel, für das sie sich nicht interessieren und das sie für überflüssig halten. Sie werden 'Bildungsversager'. Es ist nahezu unmöglich, sie zu Interesse am akademischen Sein umzuschulen – wenn das Geld nicht locken würde, würde ihr akademisches Interesse ruck zuck zusammenbrechen. Und jede(r) der/die Installateur(in), Gärtner(in) oder

Maurer(in) wird, muss sich für einen Bildungsverlierer(in) halten.

2. Das herrschende Bildungsverständnis der 'Bildungsnahen' ist für die Bewältigung der Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht besonders effektiv. Es ist oft eine gehobene Freizeitbeschäftigung, die ein wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, ja auch zur Intelligenzentwicklung sein kann. Die Beschäftigung mit Arno Schmidts 'Zetfels Traum', mit Kunsthistorik oder der Orgelsymphonie von Saint-Saëns – niemand bestreitet, dass dies ein unschätzbare Wert für die kulturelle Bereicherung unserer Gesellschaft ist (allerdings: die Beschäftigung mit den Stones oder Rammstein auch). Bildung und Ausbildung muss schärfer getrennt werden. Wird die Bildung mit Ausbildung (vgl. Tenorth) verwechselt, droht die Entstehung 'parasitärer Bildungseliten' (vgl. Hanf u.a. 1977).

Zum Schluss ein, zwei Killerargumente. Die Interpretation der Befunde zum sozialen Gradienten (Steigung der Regressionsgraden beim Vergleich sozialer Hintergrund und Testleistung) in PISA und anderen Vergleichsstudien als 'Bildungsungerechtigkeit' ist verantwortungslos, weil forschungslogisch nicht gerechtfertigt. Korrelative und regressionsanalytische Befunde sind keine kausalen Befunde. Aber schlimmer noch: alle großen Vergleichsstudien sind Pseudo-Längsschnitte und keine echten, d.h. sie bekommen nicht mit, wie der Auf- und Abstieg in der sozialen Rangskala funktioniert. Etwa ein Drittel der Kinder von Abi-Eltern schafft das Abi nicht

– ein Drittel der Kinder von Nicht-Abi-Eltern schafft es (vgl. Fend). Das IW veröffentlichte Anfang 2018 das Ergebnis, dass die Einkommensmobilität (Aufstiegs- und Abstiegsmobilität) in Deutschland überdurchschnittlich ist. Vorher war bekannt geworden (Quelle: OECD), dass auch die (Abwärts-) Bildungsmobilität in Deutschland überdurchschnittlich hoch ist. In einer solchen Situation kann ein hoher sozialer Gradient eine besondere Sensibilität gegenüber familiären Faktoren ausdrücken: ist die Familie ok und nicht durch Sucht und Familienzwise geschädigt (zum Beispiel in Abi-Familien für die Abwärtsmobilität in Einkommen und Erziehungsklima verantwortlich), wird die Leistungsfähigkeit des Nachwuchses besser. In Deutschland dürfte man dann einen hohen sozialen Gradienten als besondere Dominanz des Leistungsprinzips deuten.

Much more research is needed

Ach ja: Abiturienten und Akademiker verdienen mehr als Nichtabiturienten und Nichtakademiker? Nun – Zweifel sind erlaubt. Wenn man alle 30- bis 75-jährigen betrachtet, dann stimmt die Rechnung sicher – in den älteren Jahrgängen gab es ja nur wenige Abiturienten und Akademiker. Aber wie bitte, sieht es aus, wenn man nur die dreißig- bis vierzigjährigen betrachtet? Oder der Abi- und Akademikeranteil über fünfzig Prozent liegt? Wie zum Beispiel in Griechenland? Much more research is needed.

Vorsicht also vor der hysterischen Empörungsfreude, was die angebliche 'Bildungsungerechtigkeit' anbelangt.



Abituraufgaben auf USB-Stick

Nun ist es also soweit. Die Digitalisierung erreicht die Prüfungen zur allgemeinen Hochschulreife. Ihr Versand erfolgt auf USB-Stick, den Ausdruck übernehmen die Gymnasien im Land. Gymnasium 4.0 folgt auf die Pannen der letzten Jahre, als Umschläge geöffnet vorgefunden oder Aufgaben im Netz bekannt wurden. Das Heil liegt nun in der Digitalisierung. Tut es das? Laut Kultusministerium haben sich in einem Probelauf an vierzig Gymnasien in Baden-Württemberg keine Pannen ereignet, alles verlief reibungslos. Das ist beruhigend, und doch auch beunruhigend. Die Fehlerquote steigt mit der Anzahl der beteiligten Schulen, und die Schulleiter wollen auf keinen Fall die eine Schule führen, in der eine solche Panne passiert. Es bleibt also spannend.

Abstandsgebot und amtsangemessene Besoldung

Spannend bleibt es auch im Wahlkampf. Die Warnstreiks am 12. Februar 2019 (GBW berichtet in dieser Ausgabe) gehen nicht nur die Arbeitnehmer an, sondern auch die Beamten, denn in der Regel werden die Tarifergebnisse des Öffentlichen Dienstes, für den höheren Dienst leider oft zeitversetzt, übertragen. Diese höherer Dienst leider oft zeitversetzt, übertragen. Diese zeitversetzte Übertragung kann und darf nicht rechtens sein, denn sie widerspricht sowohl dem Abstandsgebot zwischen mittlerem, gehobenem und höherem Dienst als auch dem Alimentationsprinzip, nach welchem Staatsdiener amtsangemessen alimentiert, sprich bezahlt, werden müssen. Wenn das Abstandsgebot zu niedrigeren Besoldungsstufen, wenn auch nur zeitweise, nicht eingehalten wird, so verstößt dies meiner Auffassung nach gegen geltendes Recht. Damit wird gleichzeitig auch die amtsangemessene Besoldung ausgehebelt, denn die Beamten im höheren Dienst werden nicht mehr amtsangemessen besoldet. Sie sind dann schlicht unterbezahlt. Eine Gewerkschaft, die gleiches Geld für alle verlangt, widerspricht dem Grundsatz der amtsangemessenen Besoldung ebenfalls, denn der höhere Dienst darf dem gehobenen Dienst laut Gesetz nicht gleichgestellt sein. Diese immer wiederkehrende Forderung könnte man auch als Augenwischerei bezeichnen, da laut Gesetz der Abstand gewahrt bleiben muss.

Beamte dürfen per definitionem nicht streiken

Beamte sind Staatsdiener, sie verzichten auf Grundrechte, und haben dafür Anspruch auf eine geregelte Besoldung, Fürsorge und Versorgung. Eine Gewerkschaft, welche versucht, dieses Streikrecht gesetzlich einzuklagen, handelt fahrlässig, denn sie untergräbt die Prinzipien des Berufsbeamtentums, welche sich im geleisteten Dienst- und Treueeid widerspiegeln. Das Gerichtsurteil zum rechtmäßigen Streikverbot für Beamte konnte also nur so ausgehen, wie es ausgegangen ist. Womit wir wieder beim Thema Warnstreik sind, und dabei, wie wichtig unsere angestellten Lehrkräfte für uns sind, denn sie sind es, die nicht nur für ihre eigenen Belange, sondern auch für die Belange der Beamten eintreten – ein großer Dank hierfür meinerseits.

Verfassungswidrigkeit der abgesenkten Eingangsbesoldung

Es gab aber auch Klagen, die erfolgreich verliefen. So wurde die abgesenkte Eingangsbesoldung für verfassungswidrig erklärt. Hätte jemand etwas anderes erwartet? Und es war der DBB, unser Dachverband, und somit der Philologenverband BW, welcher diese Klage angestrebt hatte. Und dies mit unglaublichem Erfolg! Das Land lenkte ein, und zahlt den Betroffenen rückwirkend alle geminderten Beträge zurück, ob Widerspruch eingelegt wurde oder nicht. Ein gebührender Dank hierfür an die entsprechenden Ministerien, aber auch an unseren Verband, der gemeinsam mit dem DBB diese Klage ins Leben gerufen hatte.

spannend!

Die Rückkehr der Grundschulempfehlung

Ins Leben zurück gerufen hat sich ja auf Drängen des Philologenverbands Baden-Württemberg seit zwei Jahren auch die Grundschulempfehlung. Sie ist zwar wegen des Koalitionsvertrags zwischen den Regierungsparteien noch nicht wieder verpflichtend, wie der Philologenverband Baden-Württemberg dies eingangs gefordert hatte, jedoch müssen mit der Schulleitung vor dem Übergang von der Grundschule zum Gymnasium immerhin Perspektivgespräche geführt werden, wenn keine Gymnasialempfehlung ausgesprochen wurde. Es gilt, dran zu bleiben und den Teilerfolg weiter zu optimieren.

Bildungsanalysen sind kein Allheilmittel

Optimierung bedeutet für das Land momentan Qualitätsanalyse. Mit dem ZSL (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) und insbesondere dem IBBW (Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg) wurden zwei Institute ins Leben gerufen, welche eben genau eine solche landesweit betreiben sollen. Eine Fülle an Maßnahmen und Datenerhebungen, wie dies bereits in Schleswig-Holstein betrieben wurde, stehen im Raum. Es bleibt abzuwarten, wie und ob sich diese Strukturen eignen, den Unterricht an den Gymnasien tatsächlich zu optimieren und qualitativ zu steigern. Datenerhebungen und Controlling haben ihre Stärken und ihre Schwächen, dies war schon immer so.

Leistungs- und Basiskurse dürfen nicht gemischt werden

Stärken und Schwächen zeigt auch die Kursstufenreform. Insbesondere die sogenannten Aufsetzerkurse stellen ein großes Problem dar, welches mittelfristig gelöst werden muss. Leistungs- und Basiskurse müssen getrennt bleiben, um einen effizienten und den Adressaten gerechten Unterricht zu gewährleisten. Die Argumentation, Schulen könnten hierdurch ihr Angebot erweitern, ist nicht zwingend. Auch im ländlichen Raum kann über Schulkooperationen und Koopkurse viel Angebot erzeugt werden. Zudem haben Schüler rechtlich gesehen kein Anrecht darauf, dass alle Kursmöglichkeiten an ihrer Schule angeboten werden müssten. Es ist durchaus legitim, sich beispielsweise in Französisch als mittlere Schule entweder für einen Basis- oder einen Leistungskurs zu entscheiden und den jeweils anderen Kurs über eine Kooperationsschule anzubieten. Dies war auch schon bei den vierstündigen Fächern Usus. Es werden hier noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sein. Dennoch werden sich pragmatische Lösungen finden, davon bin ich überzeugt.

IQB-Aufgaben müssen ab 2021 unverändert übernommen werden

Ebenso müssen die Schwierigkeiten bei der zukünftig bundesweiten digitalen Verbreitung der Abituraufgaben über USB-Stick überwunden werden. Ab 2021 sollen für die allgemeine Hochschulreife in den Fremdsprachen beispielsweise IQB-Aufgaben aus dem Abiturpool nur noch unverändert übernommen werden dürfen. Dies bedeutet, dass ein Missgeschick in Bremen sich auch bei uns auswirken kann, eine Panne würde also nicht nur ein Bundesland, sondern im Ernstfall die gesamte Republik lahmlegen. Auch hier müssen pragmatische Lösungen gefunden werden. **Es bleibt spannend!**

Bild: hid-design/AdobeStock



Medizintechnik im NWT-Unterricht – Achtklässler entwickeln Handprothesen

Heilbronn. Im Biologieraum des Robert-Mayer-Gymnasiums herrscht reges Treiben. Kunststoffschläuche, Schnüre und Einweghandschuhe liegen auf Tischen. Darüber konzentrierte Köpfe. Schüler der 8b schnippeln und kleben, was das Zeug hält. Gruppenweise tüfteln sie an einem medizintechnischen Produkt. Eine Greifhilfe soll entstehen. Aus Alltagsgegenständen. Und das in 45 Minuten. »Die Handprothese soll angenehm zu tragen und stabil sein. Außerdem sollt ihr damit einen Becher mit 100 ml Wasser Inhalt hochheben können«, erklärt Dr. Mirjam Falge die Aufgabe, welche die Jugendlichen in Teamarbeit lösen sollen.

Das Anfertigen einer Handprothese ist ein Bestandteil der Projekt-tage 'Zukunftsforscher – Technik für Gesundheit', mit dem die Physikerin Falge, Kollegin Anna Heilos (Chemikerin) und Kollege Pascal Hauser (Biologe) am Gymnasium zu Gast sind. Sie gehören der Initiative Junge Forscherinnen und Forscher e.V. (IJF) an. NWT-Lehrer Michael Straub hat sie an die Schule geholt, um seinen Schülern Einblicke in Be-

rufe rund um Gesundheit und Technik zu ermöglichen.

Am ersten Besuchstag hatten die MINT-Akademiker aus Würzburg mehrere medizintechnische Erfindungen im Gepäck. Zum Beispiel ein Gerät zur Elektrokardiografie (EKG), mit dem die Jugendlichen sich gegenseitig die Herz-tätigkeit ablesen konnten. Heute, am zweiten Tag, geht es darum, selbst einen Gegenstand zu entwickeln, der anderen Menschen

hilft. Mit der Aufgabe 'Eine Hand für Julius' sind Schüler gefordert, eine Greifhilfe für einen Jungen zu bauen. In der fiktiven Geschichte verlor der Sechsjährige bei einem Unfall mehrere Finger, darunter beide Daumen. Julius braucht nun eine kostengünstige Handprothese, damit er wieder selbstständiger werden kann.

Lernen, Probleme zu lösen

»Die Idee des Selberbauens finden wir prima«, begrüßt Straub das Konzept der IJF, »da uns viel daran gelegen ist, Schüler handwerklich zu fördern.« Das Robert-Mayer-Gymnasium nimmt jährlich an verschiedenen naturwissenschaftlichen Wettbewerben teil. »Die Jugendlichen können durch solche Projekte Ideen gewinnen, ob und wie

»Am Schulbesuch hat mir besonders gut gefallen, selbst eine Prothese zu bauen.« Schüler Edward



sich etwas realisieren lässt – eine wichtige Fertigkeit fürs spätere Berufsleben.« Diese Chance bietet sich auch bei den Projekttagen der IJF. Zum Konzept gehört außerdem, neben Kreativität und Problemlösungsorientierung Teamfähigkeit und Kritikfähigkeit zu fördern.

Angebot ergänzt Bildungsplan

»Das Thema Medizintechnik passt gut zu unseren bisher behandelten Unterrichtsinhalten Auge und Optik«, zeigt sich Straubs Kollegin Ulrike Rabah

begeistert. Die Biologielehrerin nahm Erkrankungen des Auges durch, ließ Achtklässler

Referate darüber anfertigen. »Als die Jugendlichen beim ersten Projekttag der IJF aber selbst Brillen ausprobieren durften, die solche Sehbeeinträchtigungen simulieren und nachempfinden lassen, fingen sie an zu

»Wir haben gelernt, gut im Team zusammenzuarbeiten.«

Schülerin Annabell

verstehen.« Rabah findet Impulse und Ideen von extern, wie die der Initiative, toll. »Sie verschaffen jungen Menschen einen emotionalen Zugang zum Thema und machen deutlich, dass Unterrichtsinhalte kein Selbstzweck sind, sondern ihre Berechtigung im Berufsalltag haben.«

Erfindergeist wecken

Defibrillator, Blutzuckermessgerät, etc. – wer hat's erfunden? Hinter medizintechnischen Erfindungen stehen häufig Menschen mit naturwissenschaftlich-technischem Hintergrund. Physiker, Chemiker, Biologen. Was haben diese Menschen gemeinsam? Welche Fähigkeiten machen einen Produktentwickler aus? Antworten auf diese Fragen erhalten die Schüler am zweiten Vormittag mit der Initiative Junge Forscher.

»Kreativ sein und gut zeichnen«, ist sich Schülerin Annabell sicher. Außerdem erfahren sie und ihre Mitschüler, welche interessanten Berufs-

perspektiven die Bereiche Gesundheit und Medizin bieten. »Nutzt Praktikumsmöglichkeiten und probiert Berufe aus«, appelliert die Projektverantwortliche Falge.

Für das neue Programm erhält die IJF viel positive Resonanz. »Für uns ist das Angebot eine stimmige Ergänzung zum NWT-Unterricht«, stellen die beiden Lehrkräfte Rabah und Straub zu den Einblicken in die Welt der Medizintechnik fest.

Nathalie Dees



WEITERE INFOS

Durch die Förderung der Arnfried und Hannelore Meyer-Stiftung sind die Projekttage für Gymnasien, Realschulen und BOS in bestimmten Regionen kostenfrei buchbar.

Kontakt:

Dr. Mirjam Falge
Telefon: 09 31 / 3 16 99 -23
Mail: m.falge@initiative-junge-forscher.de

Um MINT-Bildung in der Metropolregion Stuttgart zu fördern, arbeitet die IJF ab Frühjahr 2019 mit der Vektor-Stiftung zusammen. Informationen für Lehrkräfte: www.initiative-junge-forscher.de.



Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband

Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

Fax

E-Mail

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A

Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

Studienreferendar/in

Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

BIC

IBAN

D

E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7.2 der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Kalenderjahres mit drei monatiger Kündigungsfrist möglich ist.

Hinweis zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gibt der Betroffene entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO die Einwilligung durch seine Unterschrift. Die anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten sind allein zum Zwecke des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich und werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO erhoben. Für jede darüber hinausgehende Nutzung dieser Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es der Einwilligung des Betroffenen.

Ort, Datum

Unterschrift

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben an: **Philologenverband Baden-Württemberg**
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Fax: 07 11 / 2 39 62-77 | E-Mail : info@dphv-bw.de senden/faxen.

Auszug aus der ab 1. Juli 2018 geltenden Beitragsordnung (Beiträge pro Monat)

| | | | | |
|---------------------|---|------------|-------------|------------|
| Staffelbeiträge* | unter A 13/E 14 | 17,76 Euro | A 13/E 14 | 18,26 Euro |
| | * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt | A 14/E 15 | 19,56 Euro | A 15/E 15Ü |
| Feste Beitragssätze | Studenten | 1,82 Euro | Referendare | 3,65 Euro |
| | | | Pensionäre | 7,30 Euro |